Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspfg. Einzelverkaufspr. 10 Reichspfg.
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf: 25351—53

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspfg.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf: 25351—53

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 75 — Mittwoch, 30. März 1927 — 34. Jahrgang

Stresemanns neuer Freund

Das Techtelmechtel mit Mussolini

Der so plötzlich ausgebrochene Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien hat es nun auch für den Blindesten deutlich gemacht, welchen bedrohlichen Gefahrenherd für den Frieden das faschistische Italien bildet.

Es gibt keinen Nachbarn Italiens, der sich nicht von ihm bedroht fühlt. So hat Italien vor nicht allzu langer Zeit einfach mitten im Frieden die Griechenland gehörige Insel Korfu besetzt und erst unter dem Druck des Völkerbundes sie wieder geräumt. Mit der Schweiz bestehen schwere Differenzen wegen des Kantons Tessin, in dem die Faschisten fortgesetzt, wenn auch bisher vergeblich, wühlen; der Zustand an der Tiroler Grenze gegen Deutsch-Oesterreich ist höchst unerquicklich, gegenüber Jugoslawien besteht Kriegsgefahr, Albanien ist beinahe annektiert und der Gegensatz mit Frankreich in ständigem Wachsen.

Die unbekümmerte „Feste-Druff“-Politik Italiens

ist zweifellos augenblicklich die schwerste Gefahr, die den Frieden Europas bedroht.

Nun sollte man meinen, daß die übrigen Staaten Europas darin einig wären, den rücksichtslosen Ausdehnungsdrang Italiens in Schranken zu halten und seine friedensfeindlichen Pläne zu vereiteln. Aber leider steht dem erstens der russisch-englische Gegensatz im Wege, der dazu führt, daß Sowjetrußland und England um die Bundesgenossenschaft Mussolinis werben. Eine Zeit lang war Rußland der beste Freund der Faschistenregierung, aber neuerdings ist es zu seinem großen Schmerz von England aus der Gunst Mussolinis verdrängt. Aber Mussolini hat noch einen zweiten Kreis von Freunden, der uns besonders interessieren muß. Denn es ist bekannt, daß es viele einflußreiche deutsche Politiker gibt die mit der

Idee eines deutsch-italienischen Bündnisses

liebäugeln.

Nachdem die zarten Bande zwischen Reichswehr und Sowjetrußland durch die sozialdemokratischen Enthüllungen zerschnitten sind, müssen sich die schwarz-weiß-roten Kriegspolitiker nach anderen Freunden umsehen. Und daß sie da auf Mussolini verfallen, ist ganz natürlich, denn Faschismus und Stahlhelm, das paßt gut zusammen. Haß gegen das Proletariat ist beiden gemeinsam; und man kann vereint vielleicht noch „siegreich Frankreich schlagen“, — das bißchen Unterdrückung der Südtiroler macht bei einem nationalen Mann nichts aus . . .

Daß die Schwarz-weiß-roten, die bisher mit Sowjetrußland liebäugelten, und „östlich orientiert“ waren, nun für Mussolini schwärmen, ist also beinahe selbstverständlich und wäre weiter kein Grund zur Aufregung. Aber das Bedenkliche ist, daß in zunehmendem Maße

die offizielle deutsche Außenpolitik sich in der Richtung auf Italien orientiert.

Hier muß energisch Halt geboten werden. Es fing damit an, daß die Rubrik „Süd-Tirol“ aus der Rechtspresse — und aus den Zeitungen der Volkspartei — verschwand. Dann kam das Interview Mussolinis in der Stresemann doch recht nahestehenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Dann stärkte der Bürgerblock den Einfluß der deutschnationalen Freunde Mussolinis gewaltig, darauf erkalteten die Beziehungen Stresemanns zu Frankreich und schließlich war es so weit, daß Stresemann im Reichstag der gewiß maßvollen Kritik, die Breitscheid an der Haltung Italiens übte, entgegentrat.

Inzwischen ergreift die ganze deutschnationale und volksparteiliche Presse, einschließlich der Stresemann nahestehenden Blätter, im italienisch-jugoslawischen Konflikt für Italien Partei, häufig genug mit deutlicher Spitze gegen Frankreich.

Die Verhandlungen im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes

zeigen Deutschland und Italien in Einheitsfront gegen Frankreich, und zwar nicht nur in Fragen, in denen Frankreich militaristische Politik macht, sondern auch in solchen Punkten, wo der französische Standpunkt auf Beschränkung der Rüstungen hinausläuft, z. B. in der Frage der Beschränkung der Kopfzahl der stehenden Truppen. Hier liegt ganz offenbar ein Zusammenwirken zu dem Zweck vor, der Reichswehr und dem italienischen Heer die Möglichkeit zu sichern, ihre Kopfzahl zu vermehren. Die einen sehen in dem allen den Anfang eines dauernden deutsch-italienischen Zusammenwirkens, die anderen vielleicht nur

ein Druckmittel gegen Frankreich,

um es durch die Drohung eines deutsch-italienischen Zusammenschlusses zu größerem Entgegenkommen zu bewegen.

Jedenfalls birgt diese neue Richtung der deutschen Außenpolitik die schwersten Gefahren. Sie stört die eben angebahnten Beziehungen zu Frankreich auf das empfindlichste, sie unterstützt den schlimmsten Feind des europäischen Friedens und der Arbeiterschaft, den italienischen Faschismus, sie bringt Deutschland in den Verdacht, die agressive Politik Italiens zu billigen und wohl gar selbst derartige Pläne zu hegen. Mit einem Wort, sie ist ein ungeheurer Schaden für die Interessen Deutschlands und

eine unmittelbare Bedrohung der Arbeiterklasse.

Denn was es für die Arbeiterschaft bedeuten würde, wenn die deutsche Außenpolitik sich von Frankreich ab- und Italien zuwendet, das begreift wohl jeder ohne weiteres. Von der heutigen Rechtsregierung ist eine Gegenwirkung nicht zu erwarten; Stresemann verhält sich sichtlich abwartend. Es wird deshalb die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, hier nach dem Rechten zu sehen und allen Gefährdungen zum Trotz die Politik der deutsch-französischen Verständigung zum Siege zu führen.

*

Belgrad, 30. März (Radio)

Die jugoslawische Regierung hat die alliierten Mächte durch eine Verbalnote dahin unterrichtet, daß sie sich durch eine mit italienischer Hilfe ausgeführte Mobilmachung in Albanien bedroht fühlt. Eine Antwort der alliierten Regierungen auf diesen Schritt ist nach den bisher vorliegenden Nachrichten nicht erfolgt.

Rededuell Leber—Geßler

Wie die Reichswehr wirtschaftet / Mehr Raupenträger als Leutnants / Die deutschnationalen Gäule / Ein Vergleich mit dem Heeresetat des britischen Imperiums

Aufregende Zahlen!

299. Sitzung. Dienstag, den 29. März 1927.

Die Sitzung wird um 1 Uhr vom Präsidenten Esser eröffnet. — Der **Notetat** wird ohne Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen. — Darauf wird die **zweite Lesung des Wehretats** fortgesetzt.

Abg. Bredt (Wirtsch. Vgg.) meint, daß zur Verteidigung eines großen Landes ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht geeignet sei. Man kann keinen Vergleich der Kosten der deutschen und englischen Armee vornehmen. Deutschland habe keine Ausgaben für Tanks und anderes kostspieliges modernes Kriegsmaterial. Wenn trotzdem jeder Mann bei uns 4000 RM., in England nur 4800 koste, so sei eben

die deutsche Reichswehr zu teuer.

Vor allem sei die Verwaltung viel zu groß. Auf Einzelheiten könne sich der Reichsteg nicht einlassen, er müsse etwa 10 Prozent am gesamten Wehretat streichen. Der Redner empfiehlt, außer den Rechtsverbänden auch das Reichsbanner Schwarzrotgold zum Kleinkaliberschießen einzuladen. (Heiterkeit. — Minister Dr. Geßler: **Die Rechtsverbände werden ja nicht eingeladen!**) Dann solle man sie beide einladen, dadurch beseitige man den ganzen Streit. Wenn man die Reichswehr populär machen wolle, dann stoße man nicht die eine Hälfte des ganzen Volkes derartig vor den Kopf, wie es General Reinhardt getan habe. (Minister Geßler: **Er war sehr ungeschickt!**) Tradition brauche die Armee, als abschreckendes Beispiel solle man sich die österreichische ansehen. (Abg. Schöpflin (Soz.): **Die macht einen sehr guten Eindruck!**)

Abg. Loibl (BVP.) weist darauf hin, daß bisher keine Redner für eine Verminderung der Stärke der Reichswehr eingetreten sind. Es sei auch nicht im einzelnen nachgewiesen worden, wo denn Abstriche möglich seien. Wenn der Reichswehr Mißtrauen entgegengebracht werde, so dürfe man sich nicht darüber wundern, daß auch die Reichswehr Mißtrauen gegen gewisse Parteien habe. Der Redner gibt seiner Freude darüber Ausdruck, **daß der religiöse Geist in der Reichswehr gepflegt werde.**

Abg. Henning (Völk.): Es ist richtig, daß Deutschland wenigstens in dem in Versailles gezogenen Rahmen eine kleine Wehrmacht schafft, statt sich wehrlos jedem kleinen Nachbar wie Polen zu fügen. So lange der Munitionsbestand nur zu 50 Prozent vorhanden sei, könnte **nicht ein Pfennig an diesem Etat gestrichen werden.**

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) kündigt die Zustimmung seiner Freunde (Zuruf links: Wieviel sind denn das?) zum Wehretat an.

Abg. Dittmann (Soz.) protestiert dagegen, daß die beiden völkischen Redner, die keiner Fraktion mehr angehören, jeder etwa 45 Minuten Redezeit für sich in Anspruch genommen haben. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß Abgeordnete aus Splittergruppen hier längere Reden halten können, als die Mitglieder der großen Fraktionen. Es handelt sich dabei gerade um solche Leute, die sonst den Reichstag als Schwatzbude beschimpfen. Der Geschäftsordnungsausschuß wird nach der Osterpause in dieser Beziehung Wandel schaffen müssen.

Vizepräsident Gräef erklärt, daß der Abg. Henning 41 Minuten und der Abg. Reventlow 44 Minuten gesprochen haben. Nach den bisherigen Beschlüssen des Aeltestenausschusses hätten alle Fraktionslosen zusammen 2½ Stunden Redezeit. Bisher hätten sie diese noch nicht ganz ausgenützt.

Abg. Dittmann (Soz.) weist darauf hin, daß auch noch der Abg. Scholem von den Linkskommunisten das Wort erhalten solle. Angesichts dieses Zustandes, der die fraktionslosen Mitglieder gegenüber den anderen Abgeordneten so außerordentlich bevorzuge, müsse eine andere Regelung getroffen werden. — Damit ist diese Angelegenheit vorläufig erledigt.

Abg. Leber (Soz.)

Mein Parteifreund Schöpflin hat sich mit der politischen Seite des Wehretats befaßt, ich werde mich mit seinen finanziellen Auswirkungen beschäftigen. Selbstverständliche Voraussetzung ist es dabei, daß die Reichswehr in dem ihr gesteckten Rahmen eine absolut hochwertige Waffe sein soll. Aber ebenso selbstverständlich ist es, bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und bei der allgemeinen Verarmung des deutschen Volkes, daß dieses Ziel mit möglichst geringen finanziellen Opfern erstrebt werden muß. Der Reichswehrminister hat ausgeführt, daß in keinem einzigen Punkte Abstriche möglich seien. **Wir sind anderer Meinung als der Minister. Ein Fünkchen Wille zur Sparsamkeit würde sofort** erhebliche Ausgaben einsparen. Die unverhältnismäßig hohen Summen des Wehretats sind überhaupt nur zu erklären aus ganz großzügiger Ausgabenwirtschaft. Auf unsere scharfe Fragestellung über die einzelnen Posten bekamen wir im Hauptausschuß

nur allgemeine Redensarten

zu hören. Redensarten, die uns nicht überzeugen konnten.

Wenn wir überhaupt ein sachliches Urteil gewinnen wollten, so blieb uns nur der Ausweg des Vergleichens übrig. Wir gingen dabei zunächst aus von dem auffälligen Mißverhältnis des ehemaligen deutschen Heeres und der heutigen Reichswehr. Natürlich kenne ich den gewaltigen Unterschied zwischen einst und jetzt, aber daraus ist das Mißverhältnis nicht ganz zu erklären. Dazu ist es zu ungeheurlich. Die gesamte deutsche Armee mit ihrer riesigen Artillerie, ihren Festungen, ihrem einzig dastehenden Mobilmachungsapparat, ihren Waffen und Munitionslasten kostete 1912 etwa 750 Millionen. Die kleine Reichswehr mit ihrer schlichten Bewaffnung verschlingt 480 Millionen. Selbst wenn ich einen Ueberteuerungskoeffizienten annehme von 2 : 1, dann bleibt das Verhältnis immer noch ganz unerklärlich.

Schon beim Kapitel 1 (Stäbe) fällt die übermäßige Größe der oberen Kommandostellen auf.

Wir haben bei der Reichswehr mehr Stabsoffiziere als Leutnants. (Hört, hört!)

Früher machte man sich über diesen Zustand bei gewissen mittelamerikanischen Republiken lustig, heute ahmen wir deren Beispiel nach. **Im Ministerium sitzen 216 Offiziere,** also ungefähr ebensoviel wie im ehemaligen preußischen Kriegsministerium **und dem großen Generalstab zusammen.** (Hört, hört!) Von höheren Beamten, sogenannten Zivilisten, brauchte das preußische Kriegsministerium einst 32, das Reichswehrministerium aber nicht weniger als 105. (Hört, hört!)

Unsere Kritik an diesem Riesenkopf einer Verwaltung beantwortete man mit der Behauptung, daß auch diese Zahl noch zu gering sei.

Ein anderer Vergleich: Eine Division der Vorkriegszeit kam aus mit einem Stab von insgesamt 3—4 Offizieren. Heute aber braucht eine Division rund 20 Offiziere, also das Sechsfache.

Die gesamte deutsche Heeresmacht gab 1912 für Waffen, Munition und Schießübungen 62 Millionen aus. Damals hatten wir rund 3600 Feld- und über 1000 schwere Geschütze, heute haben wir rund 300 Feldgeschütze, also nicht einmal ein Zehntel. Die Reichswehr gibt aber nicht etwa weniger aus, sondern mehr, sie fordert im diesjährigen Etat für diesen Zweck nicht weniger als 75 Mill. an. (Hört, hört!)

Ist das alles irgendwie in Einklang zu bringen mit dem Begriff Sparsamkeit? Nun hat der Wehrminister betont, daß man ein Heer aus allgemeiner Wehrpflicht nicht vergleichen könne mit einem Söldnerheer. Er selbst hat eine gewisse Parallele gezogen mit der **englischen Armee** und aus dem englischen Etat einige Zahlen genannt. Leider ist er bei dem Vergleich sehr an der Oberfläche geblieben. Er hat nur die Gesamtausgabe von etwa 800 Millionen angegeben und daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß prozentual England für seine Wehrmacht die gleiche Summe opfere wie Deutschland. Zunächst muß ich eines klarstellen: Die englische Armee ist zum großen Teil ein Rahmenheer, das zwar nur etwa 160 000 Mann unter Waffen hat, mit den Beurlaubten und mit der Teeritorialarmee wird es **die dreifache Stärke** erreichen. Demgemäß hat es auch seine Bestände an schwerer Artillerie, Tanks, Handwaffen, Munition, Ausrüstung usw. Trotzdem will ich, um dem schiefen Vergleich des Ministers zu folgen, eine Relation der Heeresstärke zwischen Deutschland und England annehmen von 1 : 1,6. Wie setzen sich nun die 800 Millionen zusammen, die England für ein solches Heer ausgibt? Der englische Soldat wird besser bezahlt und verpflegt als der deutsche. Das hängt mit der Tradition, mit der Höhe der englischen Löhne und besonderen Umständen zusammen. Das wirkt sich natürlich im Etat aus. Dort sind für Besoldungen 342 Millionen ausgewiesen. Deutschland dagegen gibt für Besoldungen nur etwa 130 Millionen aus. **Für Bildungszwecke** geben wir die Hälfte dessen aus, was die englische Armee erhält. Auch in Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft gibt England doppelt soviel aus wie Deutschland. Das bedeutet also, daß in allen Positionen, die irgendwie mit der Truppenfürsorge zusammenhängen, England auch prozentual mehr ausgibt als Deutschland, daß es für Besoldungen beinahe den dreifachen Betrag der Reichswehrbesoldung auswirft. Wie ist es nun zu erklären, daß trotzdem der englische Etat prozentual nicht auf einen größeren Gesamtbetrag kommt als der deutsche?

Da ist es zuerst das Kapitel Waffen und Munition, das geradezu zur Kritik herausfordert.

Die englische Armee braucht für Bewaffnung und Ausrüstung insgesamt 104 Millionen, die deutsche Reichswehr dagegen fordert über 130 Millionen. (Hört, hört!)

Nun hat England eine stehende Armee von 160 000 Mann, dazu einen Mobilmachungsrahmen für etwa ½ Million. Diese Armee verfügt über eine Artillerie aller Kaliber, die mindestens sechsmal so groß ist als die deutsche. Diese Armee hat schwerste Artillerie, Tanks, Gaswaffen aller Art. Und trotzdem braucht sie für deren Instandhaltung 30 Millionen weniger als die kleine deutsche Reichswehr. (Hört, hört!) Selbst wenn man die schwere Bewaffnung gänzlich außer Acht läßt und nur die Kopfstärke der beiden Armeen prozentual zugrunde legt, so ergibt sich

die für unsere Reichswehr geradezu vernichtende und katastrophale Tatsache, daß die deutsche Reichswehr für Waffen, Munition usw. gerade doppelt soviel ausgibt wie die englische Armee. (Hört, hört!)

Wir sind davon überzeugt, daß an diesem Kapitel Waffen und Munition erhebliche Abstriche gemacht werden können, ohne daß der Kampfwert oder die Schlagfertigkeit der Reichswehr im geringsten leiden würde. Und wenn man uns erzählt, daß die Bestände an Munition auch heute noch nicht das erlaubte Maß erreichen, so kann ich demgegenüber nur fragen: Was hat denn die Reichswehr bisher mit den ihr bewilligten Mitteln angefangen? Für diese unverständliche Wirtschaft habe ich nur eine Erklärung: Die Herren Offiziere glauben, noch ebenso aus dem Vollen schöpfen zu können, wie sie es sich im Kriege angewöhnt hatten. Zur Illustration möge ein kurzes Erlebnis dienen: Ein deutschnationales Mitglied dieses Hauses klagte darüber, daß die Pferdezüchter ihre Fohlen nur sehr schlecht absetzen könnten. Auf meine Frage, was man für ein dreijähriges Fohlen im allgemeinen bekomme, nannte er den Preis von 500 bis 600 Mk. Auf meine weitere Frage, weshalb man dann der Reichswehr 1400 Mk. abverlangt, bekam ich die Antwort:

Das hat kein Mensch verlangt, aber wenn es die Reichswehr bezahlen will ... (Hört, hört!)

Das sind ganz unverkennbare Gepflogenheiten aus der Kriegszeit. Wahrscheinlich herrschen ähnliche Zustände auf dem Gebiet der Beschaffung von Munition. Es wäre Pflicht des Reichswehrministers gewesen, hier Wandel zu schaffen. Da das bisher nicht geschehen ist, so muß der Reichstag eingreifen. Wir alle haben gegenüber dem deutschen Volke die Pflicht, über die sparsamste Verwaltung der Steuergroschen zu wachen. Nicht zuletzt wird die Kluft zwischen Volk und Reichswehr dann überbrückbar sein, wenn die Ausgaben für die Reichswehr auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind. Soll etwa im nächsten Jahre für unsere kleine Wehrmacht 750 Millionen ausgegeben werden und übernächstes Jahr dann 800 Millionen? Das ist in keinem Falle tragbar! **Jetzt schon muß energisch abgebremst, jetzt schon muß die stärkste Sparsamkeit erzwungen werden. Das sind wir unserem schwer ringenden Volke schuldig. Das liegt aber auch im eigensten Interesse der Reichswehr selbst.** (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Reichswehrminister Dr. Geßler

erklärt den Unterschied in den Ausgaben für Waffen und Geräte zwischen England und Deutschland damit, daß England und auch die anderen Staaten noch über große Vorräte verfügen, die von Zeit zu Zeit durch besondere Kredite wieder aufgefüllt werden. Das Reichswehrministerium gebe keinen Pfennig mehr aus als notwendig sei. **Bei den Gewehren habe man auch den Preis bereits gedrückt.** Bei der Abrechnung über die Lieferungen handle es sich um ein ganz kompliziertes System. Das Reichswehrministerium sei aber bereit, dem Berichterstatter des Haushaltsausschusses Einblick in alle Rechnungen zu geben. Bei den Pferdepreisen sei im Etat ein Durchschnitt angesetzt worden; das bedeute nicht, daß wir für alle Pferde den gleichen Preis bezahlen. Für Zuchtpferde müsse ein höherer Preis gezahlt werden, ebenso für volljährige Pferde. (Zuruf links: Das sind wohl deutschnationale Pferde? — Heiterkeit.) Wir mußten der Landwirtschaft anständige Preise zahlen, um die sehr herabgekommene Zucht für Pferde wieder in die Höhe zu bringen. In bezug auf die vom Abg. Leber bemängelte Zahl von hohen Offizieren erklärte der Minister, das hänge damit zusammen, daß wir früher ein Rahmenheer hatten, heute aber ein Heer ohne Reserven. Im Ernstfall könnten wir für das Offizierkorps keinen Ersatz stellen, deshalb müßten heute schon viele Offiziere für höhere Stellen ausgebildet werden. Auch in dieser Beziehung ständen wir heute schlechter als die anderen Staaten und auch schlechter als vor dem Kriege, wo wir zahllose Reserveoffiziere hatten, mit denen die Verluste gedeckt werden konnten.

Man könne nicht, wie es verlangt werde, vom Etat 10 Proz. streichen, sondern man müsse jede einzelne Position ansehen, was zu streichen möglich wäre. Wenn unsere finanzielle Lage es nicht mehr gestatte, die Mittel für die Reichswehr in ihrem bisherigen Umfange aufzubringen, so müsse sie eben auf 90 000 oder 80 000 Mann herabgesetzt werden. Eine prozentuale Streichung sei aber nicht möglich. Das Ministerium, so versicherte der Minister am Schluß, habe nicht die Absicht, dem Reichstag irgend etwas vorzumachen. (?) Jede Ziffer im Etat könne nachgeprüft werden. Wenn das geschehe, dann werde man zu dem Ergebnis kommen, daß an dem Etat für die Reichswehr nichts Wesentliches zu streichen sei.

Abg. **Schreiber** (Ztr.) begrüßt die Einrichtung von Fachschulen bei der Reichswehr zur Ausbildung von Beamten, Kaufleuten und Handwerkern. Die Leiter der Heeresfachschulen dürften nur nach objektiven Gesichtspunkten ausgewählt werden. Es sei aufs schärfste zu verurteilen, wenn etwa eine Legitimationskarte von irgendwelchen vaterländischen Verbänden für die Anstellung als Schulleiter gefordert werde.

Abg. **Rönneburg** (Dem.) erwidert dem Reichswehrminister, **daß bei dem Innenministerium nicht nur 10, sondern sogar 20 Prozent gestrichen worden seien.** Ohne die Schlagkraft des Heeres zu mindern, könne man sparen, am Pferdeetat, an der aufgeblähten Verwaltung, an den Waffenpreisen usw. Auch die Garnisonen könnten stärker zusammengelegt werden. Der Redner wünscht Auskunft darüber, wie die Monopolfabriken die ihnen gewährten Kredite zu verzinsen und zu amortisieren haben.

Abg. **Schmidt-Hannover** (Din.) behauptet, daß die Interalliierte Kontrollkommission nur durch die Veröffentlichung der Linkspresse Material gegen die Reichswehr erhalten habe. Wenn Karl Marx, Friedrich Engels und auch Eugen Richter noch lebten, dann hätten sie schon längst die Pressemeute zurückgepfiffen, die jetzt gegen die Reichswehr hetze.

Abg. **Reddermeyer** (Komm.) wendet sich gegen die Konkurrenz, die den Zivilmusikern von den Militärmusikern gemacht werde.

Abg. **Künstler** (Soz.): Die Zustände in den Zeugämtern sind als skandalös und für die Arbeiterschaft als untragbar zu bezeichnen. Die selbstverständlichen Rechte, die den Arbeitern durch Gesetz gegeben sind, werden der Belegschaft von den Offizieren streitig gemacht. So hat die Kommandantur in Döberitz erklärt: **„Nur die ältesten Arbeiter werden Betriebsrat“.** Also auf Befehl der Komamndantur wurde ein Betriebsrat eingesetzt und den Arbeitern somit verboten, ihre im Betriebsrätegesetz verbrieften Rechte wahrzunehmen. Kandidaten, die von den Arbeitern vorgeschlagen wurden, sind entlassen worden. Arbeiterangelegenheiten werden nicht mit den zuständigen Arbeiterräten besprochen, sondern sogenannte nationale Arbeitervertreter, also gelbe, sind die Vertrauensmänner jener Offiziere, die in den Zeugämtern ein brutales Regiment führten. Mit allen Mitteln wird in den Heeresbetrieben versucht, den organisierten Arbeitern das Leben so schwer wie nur irgend möglich zu machen. Die Gesinnungsschnüffelei steht in voller Blüte. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt; außerdem dritte Lesung des Notetats und Finanzhaushalts.

Schluß gegen 8 Uhr.

*

Ein Zwischenspiel / Berichterstattung oder Volksbetrug?

Aus der gestrigen Reichstagssitzung wird uns noch der folgende bezeichnende Vorfall berichtet:

Als der Reichswehrminister über die Munitionsverträge sprach und meinte, daß seine Verwaltung die Preise zu drücken versuche, rief man von sozialdemokratischer Seite dazwischen: „Waren die russischen Granaten auch so teuer?“ Geßler antwortete lächelnd: „Die sind alle bezahlt!“ und auf einen Zwischenruf Hermann Müllers fügte er hinzu: „Ich freue mich, daß Herr Abgeordneter Müller dies bestätigt! Das ist längst vorbei!“ In diesen Zwischenbemerkungen gestand der Reichswehrminister zum ersten Male vor der Oeffentlichkeit des Parlaments das zu, was er im Auswärtigen Ausschuß hinter verschlossenen Türen schon erläutert hatte, nämlich, daß in der Tat Sowjet-Granaten-Verträge mit Sowjetrußland bestanden haben und entsprechende Lieferungen gemacht worden sind. Wir zweifeln nicht, daß trotzdem die kommunistische Presse nach wie vor die Lieferung der Sowjetgranaten an die Reichswehr abstreiten wird.

*

Aber nicht besser ist die bürgerliche Presse. Die große Rede des Genossen Leber stand gestern ganz zweifellos im Mittelpunkt der Debatte. Endlich einmal klares, unwiderlegliches Zahlenmaterial, das die Luderwirtschaft bei der Reichswehr grell beleuchtet. Der Reichswehrminister selbst paßte während dieser Rede auf wie ein Hestelmacher und schwang sich sofort darauf auf die Rednertribüne, um in langen Ausführungen — er sprach über eine halbe Stunde — den niederschmetternden Eindruck dieses höchst sachlichen und darum doppelt gefährlichen Angriffs wenigstens etwas abzuschwächen.

Und wie berichtet der Lübecker Generalanzeiger, der sich so gern als das „führende“ politische Blatt Lübecks anpreist, über diese außerordentliche wichtige Rede? — **Genau zwei und eine viertel Zeile** hat er für diese im Reichstag größtes Aufsehen erregende Rede des einzigen Reichstagsabgeordneten von Lübeck übrig!

Warum? — Es soll eben mit allen Mitteln vertuscht werden, was für eine Wirtschaft in dem Reich des Herrn Geßler herrscht. Der Bürger darf nicht einmal ahnen, wie mit seinen Steuergroschen gegaspt wird. Er könnte sonst Schaden nehmen an seiner militärfrommen Seele.

Käseblattpolitik! — Oder raffinierter Volksbetrug?

Deutschnationale und Kleinrentner

Bezeichnendes aus dem Ausschuß

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags wurden am Dienstag die Anträge über die Invalidenversicherung zu Ende beraten. Der Streit zwischen der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist im Unterausschuß ausgeglichen worden. Die Invalidenversicherung erhält von der Angestelltenversicherung 33 Millionen Mark. Der Antrag der Regierungsparteien, die neue 7. Lohnklasse erst am 1. Januar 1928 in Kraft treten zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Eine für die Koalitionsparteien bezeichnende Debatte entspann sich bei der Beratung der Anträge über die Kleinrentnerfürsorge. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hatten neben dem Koalitionsantrag einen Sonderantrag eingebracht, der von der Regierung eine Denkschrift über eine Kleinrentnerversorgung verlangt. André vom Zentrum protestierte gegen das Vorgehen der Blockbrüder. Abg. Hoch (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokraten sich in den Bruderstreit nicht einmischen wolle. Schließlich mußten die Rechtsparteien ihren Antrag preisgeben. Nicht einmal die Kulisse blieb ihnen, hinter der sie ihren Umfall verbergen konnten. Sie haben die Kleinrentner preisgegeben!

Vandervelde in Wien

Wien, 29. März (Eig. Bericht).

Am Dienstagvormittag hat der belgische Außenminister Vandervelde eine Reihe von Anstalten und Bauten in der Gemeinde Wien besichtigt. Als er nach Meidling in den Bebel-Hof kam, strömten die Arbeiter aus den umliegenden Häusern zusammen und begrüßten ihn herzlich mit Hoch-Rufen. Vandervelde dankte und sagte, daß es ihm ein Bedürfnis gewesen sei, auch zu den Arbeitern zu kommen und sie zu begrüßen. Er wäre vor 30 Jahren zum erstenmal in Wien gewesen und damals von Viktor Adler empfangen worden. Wien war damals in den Händen der bürgerlichen Parteien. Er müsse den Wiener Arbeitern seine Bewunderung aussprechen, daß Wien die einzige große Stadt der Welt ist, die von Sozialdemokraten regiert und, wie er feststellen müsse, so wunderbar regiert wird. Vandervelde besuchte dann auch im Bebel-Hof die Arbeiter in ihren Wohnungen und wurde überall herzlichst begrüßt.

Mißhandlungen bei der Reichswehr

Vor dem Stettiner Gericht war der 38jährige Feldwebel Schröder vom Pommerschen Pionierbataillon wegen **Mißhandlung und Beleidigung seiner Untergebenen angeklagt.** Er wurde zu vier Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Die Fälle von Mißhandlungen in der Reichswehr häufen sich in letzter Zeit wieder außerordentlich, desto empörender ist es, daß die Menschenschinder in der Regel mit sehr milden Strafen davonkommen.

Die Internationale des Friedens

Gemeinsame Sitzung von IGB. und SAJ.

Zürich, 28. März (Eig. Bericht)

Im Hinblick auf die bedrohliche Zuspitzung der Konflikte in Südosteuropa wird am Sonntag, dem 3. April in Paris eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Die SAJ. wird durch ihr Bureau vertreten sein; die Sitzung ist aber für alle Mitglieder der Exekutive zugänglich. Am Sonntag, dem 3. April, abends oder Montag, dem 4. April wird sich eine Sitzung des Bureaus der SAJ. anschließen.

Die Räuberbande

Mehr blieb nicht von Hitlers „Volksbewegung“

Der bewaffnete Ueberfall der Nationalsozialisten auf Rote Frontkämpfer in Berlin-Lichterfelde hat die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß es in der Reichshauptstadt eine Gruppe der sogenannten Nationalsozialistischen Partei gibt. Diese Gruppe ist politisch vollkommen bedeutungslos. Sie spielt noch nicht einmal die Rolle, die in Berlin sektiererische Parteisplitter haben. Sie ist alles, was von der putschistischen Bewegung um Hitler übrig geblieben ist. Der Ungeist aber, die Raufboldgesinnung, die Brutalität, die in der Hitler-Bewegung wohnte lebt in diesem Häuflein in Reinkultur weiter. Ihre Zielsetzung ist nicht mehr politisch. Sie ist die des Rowdytums: den Gegner mit Messer, Schlagring und Totschläger anfallen und ihn zu Boden schlagen. Eine derartige Gesinnung ist das Erbteil, das Ueberbleibsel einer jeden putschistischen Bewegung. Man erinnert sich, wie die Kommunisten sich verhielten, als die Zeit der Putsche vorüber war und sie noch nicht in das Fahrwasser der dreimal verfluchten reformistischen Politik geraten waren. Damals bestand ihre Taktik darin, mit Messer, Schlagring und Totschläger über sozialdemokratische Arbeiter herzufallen.

Die Berliner Polizei wird gegen die nationalsozialistischen Rowdies mit der größten Entschiedenheit vorgehen. Sie hat systematisch die Teilnehmer nationalsozialistischer Versammlungen nach Waffen untersucht und hat jedesmal eine Menge von Waffen und gefährlichen Werkzeugen gefunden. Erst am Mittwoch wurden in einer nationalsozialistischen Versammlung wieder folgende Gegenstände beschlagnahmt: ein Gasrohr, 40 Zentimeter lang, zwei ausziehbare Totschläger, eine Schlagfeder, sechs Schlagringe, zwei Totschläger in Leder, zwei Ketten in Hüllen, ein Dolch mit Scheide, ein Küchenmesser, ein Stahlmeißel, ein Gasrohr mit Griff, 30 Zentimeter lang, ein Polierstahl, ein Gashahn, zwei Totschläger mit Leitungsdrähten.

Mit diesen Waffen wollen die Hakenkreuz-Rowdies nicht etwa die politische Macht erobern, sie wollen lediglich Andersdenkende terrorisieren, um damit Zugkraft auf Raufbolde und Totschläger auszuüben, die ihre Reihen verstärken sollen. Es handelt sich um eine Rowdybande, nicht um eine Partei.

Hochkonjunktur für die Werftindustrie

Gewaltige Aufträge in Frachtdampfern

Die am Montag abgehaltenen Generalversammlungen der großen Reedereien ergaben als wichtigste Tatsache, daß die bisher bekannt gewordenen Schiffsbauprogramme in den nächsten Monaten wesentlich erweitert werden. So führte der Vorsitzende der Hapag u. a. aus, daß die neuen Schiffe, die sich im Bau befinden und noch in Auftrag gegeben werden, nicht nur mit Rücksicht auf die Konkurrenz, sondern in Hinsicht auf die Entwicklung der Schiffahrt überhaupt notwendig seien. Das Geschäft entwickle sich derart, daß man an sich ein noch größeres Bauprogramm hätte aufstellen können. Zurzeit liege der größere Bedarf an Schiffen im Frachtgeschäft vor, weshalb auch für die nächsten neuen Bestellungen hauptsächlich Frachtdampfer in Frage kommen.

Bezüglich des Ergänzungsprogramms des Norddeutschen Lloyds wird gemeldet, daß der Lloyd von einer südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft zwei Dampfer erworben habe, und zwar für einen Kaufpreis von 10 Millionen Mark.

Aus der Tagung des Norddeutschen Lloyd interessiert insbesondere, daß der Lloyd sein ausgedehntes Neubauprogramm aus den ihm zur Verfügung stehenden und ihm im normalen Geschäftsverlauf zufließenden Mitteln finanzieren kann. Gelder, die der Lloyd aus der amerikanischen Freigabebill zu erwarten hat, sind dabei außer Betracht gelassen.

Inzwischen hat das Reich sich weiter für Werftsubventionen entschlossen. Die Werftsubventionen kommen zu guter Letzt den großen Reedereien zugute. Man muß sich angesichts des günstigen Geschäftsganges bei den Reedereien und ihrer finanziellen Kraft, die sich in den ausgedehnten Neubauprogrammen äußert, fragen, ob die Werftsubventionen gerechtfertigt sind und ob sie nicht ausschließlich einem gut verdienenden Reedereikapital zugute kommen.

*

Ob Lübeck wohl etwas von diesem Segen abbekommen wird? — Wir fürchten — nicht. Unsere Lübecker „Wirtschaftsköpfe“ haben es bisher noch immer glänzend verstanden, jede Konjunktur zu verpassen. Hoffentlich sind sie diesmal etwas mehr auf dem Draht.

Polnisch-russische Annäherung

Erklärungen Zaleskis

Warschau, 29. März (Eig. Bericht)

Der sozialistische „Robotnik“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Außenminister Zaleski, in der sich dieser über die polnisch-russischen Beziehungen wie folgt äußert: „Die gegenwärtig geführten Verhandlungen zwischen Polen und Sowjet-Rußland bilden die Fortsetzung der vor längerer Zeit aufgenommenen Verhandlungen über den Abschluß eines Garantiepaktes. Der polnische Gesandte Patek ist bereits mit neuen Instruktionen nach Moskau abgereist und es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen nunmehr schnell zum Ziele führen werden. Für Polen ist ein Vertrag mit Rußland von besonderer Bedeutung, weil es in seiner Mitgliedschaft zum Völkerbund die Aufgabe sieht, den Osten von Europa zu befrieden. Da Rußland nicht Mitglied des Völkerbundes ist, kann Rußland durch einen Garantiepakt zu einem friedlichen Verhältnis mit seinen Nachbarn gelangen. Polen will daher auch auf Grund eines Abkommens seinen friedlichen Gefühlen gegenüber Rußland Ausdruck geben. Wie aus dem Munde führender Polen versichert wurde, ist auch in Rußland der Wunsch eines nicht aggressiven Paktes mit Polen vorhanden. Der unlängst zustande gekommene, allerdings noch nicht bestätigte russisch-litauisch-lettländische Vertrag interessiert Polen nur vom Standpunkt der baltischen Länder, ganz abgesehen davon, daß für diese als Garanten der Völkerbund anzusehen sei. Es sei daher anzunehmen, daß Lettland seine Pflichten gegenüber dem Völkerbund nicht vernachlässigen wird. Würde dies der Fall sein, so würde Polen angesichts des russisch-lettländischen Paktes keinerlei Ursache zur Beunruhigung weder vom Standpunkt des polnischen Staates noch vom Standpunkte des Völkerbundes aus haben. Polen erblickte in dem Garantieabkommen vielmehr den Weg zur Befriedung Europas und hoffe daher, daß auch die polnisch-russischen Verhandlungen zum Abschluß kommen und zu dieser Befriedung beitragen werden.“

„Recht“ in Indien!

Englische Ueberjunker — und ihre Richter

Von Franz Josef Furtwängler

Nagpur, Mitte Februar

Welchen Grad der Vollkommenheit das System weltweiter Information erreicht hat, ersehe ich aus dem Morgen-„Vorwärts“ vom 20. Februar, der uns soeben in Nagpur, im Herzen Indiens. erreichte. In der genannten Zeitungsnummer steht der Bericht eines Erlebnisses unserer Delegation in Madras, wo einer der deutschen Delegierten (der Schreiber dieser Zeilen) Zeuge der Mißhandlung eines alten indischen Dieners durch ein englisches Ehepaar war und sich zugunsten des alten Mannes einmengte, wobei er von dem Engländer tätlich angegriffen wurde. Der Vorfall sollte im späteren Berichte in Zusammenhang mit Schlimmerem nebenbei erwähnt werden, doch mögen jetzt, nachdem er bereits in Europa bekannt geworden ist, die Leser von diesem und einiges von weit ärgeren Beispielen indischer Zustände erfahren.

Ich spazierte damals vor meinem Parterrezimmer des Landhaus-Hotels im Freien auf und ab und wurde durch das Schreien des Kulis auf den Vorgang der Mißhandlung aufmerksam, der sich unter der offenen Tür meiner Zimmernachbarn vollzog. Da mir die ausgemergelte Gestalt des Alten leid tat, sprang ich dazwischen, schob das Kulturträgerpaar ein wenig zurück und zog den Mißhandelten aus ihren Händen, wobei der wütende Engländer mir mit der Faust vor die Nase stieß. Indem ich diese Höflichkeit erwidern und ihm gleichfalls eine unters Gedankenfach schwingen wollte, gewahrte ich, daß der Angreifer sein gebrochenes oder beschädigtes Bein in Schienen und Wickelbinden trug, hielt inne und erklärte, daß ich auf die billige Genugtuung, einen Krüppel zu Boden zu hauen, verzichten müsse. Als ich mich darauf in mein Zimmer begeben hatte, erschien bei dem Ehepaar der Hotelbesitzer — offenbar mit der unerfreulichen Aufklärung, daß der Streit und seine Konsequenzen über den trauten Familienkreis der sechzigtausend englischen Regierungsbeamten dieses Landes hinausreiche, da der Widersacher Mitglied einer internationalen Kommission sei; und dazu einer Proletarierkommission. Nun erschien das Paar, einzeln und zu zweien, wiederholt auf meinem Zimmer mit der flehentlichen Bitte, zu verzeihen und von einer Meldung Abstand zu nehmen. Die schlotternde Hasenangst des hohen Regierungsbeamten, der sonst wie eine zürnende Gottheit über einige Hunderttausend Inder gebietet, erfüllte mich mit einem Gemisch von Mitleid und Verachtung, so daß ich schließlich in den Verzicht einwilligte und ebenfalls Shaw davon abhielt, den Fall dem Gouverneur der Madrasprovinz vorzutragen. Letzteres erschien mir auch verkehrt, weil die Regierung wahrscheinlich, zum Zweck einer großen Geste vor der Delegation den kläglichen Beamten allzu exemplarisch bestraft haben würde, während jahraus, jahrein viel schlimmere Uebeltäter von den Gerichten freigesprochen werden. Denn was hier geschah, war in der Tat harmlos im Vergleich zu dem, was uns seither zur Kenntnis kam.

In der Madrasser Textilfabrik „Buckingham und Carnatie Miels“ wurde kurz zuvor ein indischer Arbeiter von einem englischen Aufseher halb erwürgt. Die klageführenden Gewerkschaftsleiter erhielten von dem lachenden Richter die Antwort — das sei ein Temperamentsausbruch, der ihm auch passiere, deshalb sei eine Verurteilung nicht möglich. Und da der salomonische Urteilspender seine indischen Hausdiener vermutlich ähnlich behandelt, so wäre er obendrein ein Heuchler gewesen, hätte er gegen seinen Klubfreund aus der B. u. C.-Fabrik anders geurteilt. Nicht an der Person des Richters liegt die Scheußlichkeit solcher Urteile, sondern die Ursache ist in dem Umstand zu suchen, daß ein paar Whiskyklubs landfremder Menschen dies alte Kulturland wirtschaftlich, politisch und juristisch dirigieren: klüngelhaft einig und vertraut unter sich sind sie ohne Verständnis, ja, ohne jegliche Berührung mit dem Volk dieses Landes und reden von diesem mit der aus Unkenntnis und Selbstgefälligkeit geborenen Verachtung als von Schwarzen und Negern.

Sicherlich hätten wir von diesem Fabrikfalle niemals erfahren (denn die Arbeiter und ihre Führer sind, wie uns öfters auffiel, auch gegen Delegationen mißtrauisch), wenn nicht die national-indischen Blätter in so schmeichelhafter Weise in ihren Leitartikeln von dem „Gentleman-German“ und dem „ritterlichen Deutschen“ gesprochen hatten, der durch sein Eintreten für den Eingeborenen ein Exempel gesetzt habe. Seitdem haben sich uns die Archive der Zeitungen und Sekretariate geöffnet und in Kalkutta war das Vertrauen so groß, daß ich als Gast sogar zu intimsten Aussprachen erscheinen durfte.

Dort, in Kalkutta, in der Jutespinnerei „Gouripur Jute Mills“ wurde im September ein indischer Weber, der zum Aerger seines englischen Aufsehers, Mister Spence, um Urlaub fragte, von diesem zu Boden geworfen und mit den Füßen getrampelt, daß er zwei Stunden darauf verschied. Der Freispruch des Scheusals führte zu einem Aufstand der Arbeiter der Fabrik, der mit Polizeiaufgebot unterdrückt wurde. Dies und die Agitation der nationalindischen Presse bewirkte eine Beruhigungsaktion durch Wiederaufnahme des Falles mit dem Ergebnis eines abermaligen Freispruchs — weil die Zeugenaussagen über die Einzelheiten (!) der Mißhandlung sich nicht deckten. Die Tatsache des toten Proletariers selbst konnte man sogar den Indern nicht bestreiten.

In Simla, dem Sommersitz der Regierung, wurde ein Rikschakuli von einem Offizier in ähnlicher Weise mißhandelt. Dieser uniformierte Täter kam nicht so glatt davon, sondern wurde bestraft — mit einer Ordnungsstrafe von hundert Rupien, gleich zwei Tagesgeldern. Obgleich die Sklavenötung im heidnischen Römerreiche härter gesühnt wurde (der Leser findet die Sätze bei Mommsen), war dies schon eine exemplarische Strafe, die in Indien Aufsehen machte, denn in zahlreichen anderen Fällen geht der Täter ungestraft davon, weil sich im Klub ein Arzt findet, der „konstatiert“, daß der geschundene Kuliproletarier ja sowieso bald gestorben wäre — etwa infolge einer erweiterten Milz. Die Freisprechungen in Fällen der Sklavenötung mit der Entschuldigung der erweiterten Milz (enlarged spleen) sind so häufig, daß das Wort vom „enlarged spleen“ in den Kreisen der indischen Freiheitsbewegung längst zum blutigen Sarkasmus geworden ist. Nur, wo es eben gar nicht anders geht. wird statt des Freispruchs eine formelle Ordnungsstrafe verhängt. So ereignete sich vor einigen Monaten der Fall, daß in Delhi eine Indierin von drei betrunkenen englischen Soldaten auf offener Straße überfallen wurde und an den Folgen bestialischer Notzuchtshandlungen unmittelbar darauf starb. Obwohl es nach landläufiger Rede „nur ein schwarzes Weib (only a black woman) war, geboten Ritterlichkeits- oder Zweckmäßigkeitserwägungen dem weißen Richter, den einen der drei Schandsubjekte auch sechs Monate (!) einzukarzern, derweil die beiden anderen wiederum ungestraft davonkamen. Hätte nicht die nationale Bewegung den Fall aufgegriffen, so hätte wahrscheinlich nach der toten Inderin kein Hahn und kein Reuter-Bureau gekräht.

Dies sind nur einige wenige Fälle unglaublich brutaler Herrschaftsausübung und Rechtsprechung, die sich neben zahlreichen anderen allein in einer Zeitspanne von sechs Monaten, d. h. in der zweiten Jahreshälfte 1926 ereignet haben; andere sind mir noch bekannt, doch besitze ich im Augenblick nicht die exakten Einzelheiten und unterlasse es daher, sie an dieser Stelle zu erwähnen.

Oft fragte ich mich, wie es möglich sei, daß Menschen einer Nation, die in bezug auf Bildung und Kultur in Europa gewiß nicht die letzte ist, in einem fremden Lande so hausen können. Nachdem ich mir die ganze Soziologie des indischen Engländertums vergegenwärtige, war es mir klar: dies hier sind keine Engländer, wie wir sie in Europa kennen, sondern eine Kaste für sich. Nicht, daß sie etwa in ihrer Mehrzahl hier in Indien geboren und fern der Briteninsel ohne den Segen der heimatlichen Gentleman-Bildung aufgewachsen wären. O nein, die meisten, fast alle von der Militär- und Beamtenkaste (die die erdrückende Mehrzahl der Engländer Indiens ausmacht), kommen erst nach Vollendung ihrer Studien von England hierher und senden auch ihre Kinder zur Erziehung dorthin. Sie selber ziehen sich ebenfalls im Alter von 45 bis 50 Jahren wieder nach England zurück, so daß von einem isolierten Stamm indischer Engländer nicht die Rede sein kann. Die „geistige Umstellung“ vollzieht sich also nicht auf genealogischem Wege, sondern durch ein planmäßiges System. Dieses tritt in Wirksamkeit mit dem Augenblicke, wo der junge Verwaltungsbeamte, Offizier, Soldat oder Kaufmann das Schiff besteigt, das ihn „jenseits vom Suez“ fährt. An Bord wird ihm von Kundigen Weisung zuteil, wie er alles Farbige mit Ablehnung und Verachtung zu behandeln hat. Keiner dürfte sich dort eine Unterhaltung mit einem noch so gebildeten Inder, ja kaum einen Gruß erlauben. In Indien angelangt, sieht der in Gentleman-Manieren gezähmte junge Mann lauter Sklaven um sich, die er gegen eine Ordnungsstrafe in den Staub treten, sonst aber so ziemlich nach Belieben behandeln kann und sieht sich mit Machtvollkommenheiten ausgestattet, die ihm den Kopf schwellen. So schmilzt dann unter Indiens Tropensonne die dünne Schicht Eton-Salbe oder Oxford-Firnis wie die Zuckerglasur vom Pfefferkuchen. Die mannigfachen Ausnahmen von diesem Typ mögen hier besonders lobend erwähnt sein, da es wirklich ein persönliches Verdienst ist, der Einwirkung dieser Atmosphäre zu widerstehen. Der Typ — aber ist es, der den Grundton des Regimes im Lande bestimmt und sich auch schwerlich von einem in London residierenden „Ministerium für Indien“ ins Handwerk reden läßt. Auf den umgekehrten Fall dagegen: daß diese Ueberjunker nach ihrer Heimkehr sich zuweilen auf der ultrakonservativen Seite der inneren englischen Politik betätigen und ihre Denkart dort hineintragen, hat bereits die Indien-Denkschrift der Independent Labour Party hingewiesen.

Mussolinis Feigenblatt

Mussolini: „Militärisch kommt Deutschland nicht in Betracht. Aber als Feigenblatt für meine Kriegspläne sind Stresemanns Reden recht nützlich.“

Die Frieda

Novelle von Fritz Bondy

5. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

„Nein, nein, liebe kleine Frau Kruse,“ kommandierte Frau Rechtsanwalt Wetzien, „mit solchem Gerede soll man gar nicht erst anfangen. Das wäre ja noch schöner.“

„Die Dinger werden ohnehin alle Tage frecher,“ erklärte Fräulein von Lessenthin, „da hat doch unlängst meine Johanna alle Woche ein Bad verlangt. Irgend so ein Mädchen von einer jüdischen Sommerpartei hat sie aufgehetzt. Die hat behauptet, sie kriegte das bei ihrer Herrschaft.“

Frau Doktor Westphal, die auch schon ein wenig von demokratischen Ideen angekränkelt war, meinte:

„Ein Bad im Monat habe ich meiner Lina erlaubt, aber nicht mehr als zehn Zentimeter hoch heißes Wasser. Bei den Gaspreisen . . .“

Frau Rechtsanwalt Wetzin sah das als eine übertriebene Konzession an

„Wenn ich an mein Elternhaus zurückdenke . . . ! Da war doch noch die richtige Zucht! Anders wäre es gar nicht gegangen. . . . Da war ja auch der Bursche meines Vaters . . wenn so'n Mädchen sich mit dem eingelassen hat, gab es einfach eine rechts und eine links und dann raus . . . !“

Damit stimmte auch Fräulein von Lessenthin herzlich überein.

Frau Kruse hatte infolge ihrer noch nicht einmal drei Jahre dauernden Lebenserfahrung auch in diesem Punkte ein gewisses Verständnis.

„Es kann ja sein, daß ich zu gut bin, mein Mann sagt das auch immer. Aber ich denke, wenn so ein Mädchen die ganze Woche geackert hat, kann man ihr etwas Spaß gönnen. Meine Frieda hat einen Bräutigam, der darf sie Sonntag nachmittags hier abholen.“

„Was, den lassen Sie ins Haus?“ Die kommandierende Generalstochter und Schwester mußte den empörten Kopf in die linke Hand legen.

„Gott, ich sage . . . !“ sekundierte Fräulein von Lessenthin.

„Nein, wissen Sie, liebe Frau Kruse,“ meinte auch Frau Doktor Westphal, „ich bin gewiß nicht kleinlich, aber da muß ich Ihnen schon dringend abraten. Man kann doch nicht so mir nichts, dir nichts einen fremden Mann ins Haus lassen; wenn nachher etwa fehlt, gibt das immer peinliche Geschichten.“

Etwas eingeschüchtert verteidigte Frau Kruse ihre übertriebene Güte.

„Er sieht wirklich sehr honett aus. Gar nicht wie ein Arbeiter. Er hat sich mir sogar vorgestellt. Lembke heißt er. Er ist Monteur irgendwo bei einer großen Fabrik und hat auch schon Leute unter sich. Ich glaube, er hat ganz solide Absichten.“

„Das ist alles gut und schön, aber nehmen Sie mir's nicht übel, liebste Frau Kruse, soweit darf man nun doch nicht gehen.“ Frau Rechtsanwalt Wetzien geborene von Pahltzow saß kerzengerade auf ihrem Fauteuil und sah die kleine Frau Kruse an, wie die diversen Generale von Pahltzow vom hohen Roß herab einen kleinen Leutnant angesehen haben mochten. „Wenn bei meinem Vater so etwas passiert wäre.“

Die beiden anderen Damen fanden es auch überaus gewagt.

„Und wissen Sie,“ begann Fräulein von Lessenthien die Sache von einer anderen Seite her zu beleuchten, „bei diesen Leuten — ehe man es sich versieht, ist so ein Mädchen in andern Umständen . . .“

Zu diesem Punkte wußte Frau Doktor Westphal eine Schauergeschichte zu erzählen, die Frau Studienrat Höhm mit ihrem Mädchen passiert war. . . .

„. . . kein Mensch hatte was gemerkt und eines schönen Tages war das Malheur da und dieses elende Geschöpf hat doch richtig das Kind umgebracht. Sie glauben gar nicht, was Höhms für Scherereien damit gehabt haben . . !“

Die arme Frau Kruse war ein wenig blaß geworden.

„Mein Mann behauptet ja schon längst, daß bei der Frieda etwas los wäre, aber der denkt immer gleich an solche Sachen . . .“

Frau Kruse brach ab und wurde rot, weil sie sich bewußt wurde, dunklere Winkel der Gedankengänge Herrn Kruses preisgegeben zu haben.

Die anderen Damen lächelten mild und Frau Doktor Westphal fragte scherzhaft:

„Da sollte er doch lieber mal erst bei seiner eigenen Frau an solche Sachen denken . . .“

„Noch immer nichts in Aussicht?“ fragte mit verschmitztem Fräulein von Lessenthin, für das jede Anspielung darauf, daß andere Menschen nicht bloß in platonischen Beziehungen standen, eine Labung war.

„Was denken Sie nur! Bei diesen schlechten Zeiten . . .“ wehrte Frau Kruse ab. „Nein, nein, wir müssen noch mindestens zwei Jahre warten, Dann ist mein Mann Prokurist, und Vati hat mir versprochen, uns zu einer kleinen Villa zu verhelfen . . .“

Das Gespräch haftete eine Weile an den Hoffnungen des Ehepaares Kruse, glitt dann über Villenpreise im besonderen zu Preisen im allgemeinen. Die Inflation war noch in voller Blüte, das Thema des billigen oder teuren Einkaufs daher unerschöpflich.

„So was können nur Valutaschieber bezahlen“, bemerkte Fräulein von Lessenthin zu den meisten Dingen.

Von dem Preis für ein Abendkleid, das Frau Doktor Westphal sich bei einer vorzüglichen und sooo bescheidenen Hausnäherin hatte machen lassen, gelangte man mühelos zu einem ausgiebigen Gespräch über das Stadttheater, das dieses Jahr gar nichts taugte.

Zwischendurch trank man Tee, den die Frieda, von den drei Gästen eingehend studiert, hereingebracht hatte, und schließlich verabschiedete man sich, denn Frau Rechtsanwalt Wetzien und Fräulein von Lessenthin hatten Abonnementstag im Theater, es wurde eine Neueinstudierung von „Heimat“ gegeben, das wollte man doch nicht versäumen.

„Spielt die Werdenberg die Magda?“ fragte Frau Kruse.

(Fortsetzung folgt)

Deutsche Tracht
Handelshof — Tel. 29503
Der Qualitätsanzug

Ges. 3000 RM 1 Hyp. i. Grundst. m. 3 Wohn. Schwartauer Allee. Angeb. u. H 975 an d. Exp.

Erstklassige Fahrräder
Zubehör u. Ersatzteile
erhalten Sie zu konkurrenzlos niedr. Preisen bei
Max Köhnke, Fahrrad-Haus, Mühlenstraße 48
Auf Wunsch Zahlungserleichterung 4375
Reparaturen u. Neuautarbeitung schnell, bill. u. gut

Grude in langjährig bewährter Qualität
Adolf Borgfeldt, Lübeck
4371) Fernruf 672, 678

Damen- u. Herren-Frisier-Salons
E. A. Mittelstädt
Adlerstraße 35 Tel. 28 716
Spez.: Bubineuschnitte 4387

Deutsche Tracht
Handelshof — Tel. 29503
Der Qualitätsanzug

Kinderwagen
billig zu verkaufen (4367
Westhoffstraße 51, III

Zur Kräftigung
Trinkt Wilcken's Malzbier
Aerztlich empfohlen
Telephon 29958/59

Amtlicher Teil

Dem zum Bolivianischen Generalkonsul in Hamburg ernannten Emeterio Cano de la Vega ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. (4401

Am 28. März 1927 ist in das hiesige Güterrechtsregister bezüglich der Ehe des Arbeiters **Karl** Ernst August **Fischer** in Kücknitz und Friederike Wilhelmine **Augkste** geschiedene Skorupa geborene Oels in Lübeck eingetragen:

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen. (4409

Amtsgericht Lübeck

In dem Konkursverfahren

über das Vermögen des Kaufmannes Otto Henry **Bruno Strunck**, alleinigen Inhabers der Firma Bruno Strunck in Lübeck, Alfstraße Nr. 23, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf

Freitag, den 22. April 1927, vormittags 11 Uhr

im Gerichtshause, Zimmer Nr. 9 anberaumt.

Lübeck, den 28. März 1927

4410) **Amtsgericht**

In dem Konkursverfahren

über das Vermögen der Firma Hartgußwerk **Sirius**, Aktiengesellschaft in Lübeck, Lübeck, Triftstraße Nr. 7—9, wird der auf den 15. April d. Js. anberaumte Prüfungstermin verlegt auf den 22. April d. Js., vormittags 11 Uhr.

Lübeck, den 25. März 1927

4398) **Amtsgericht**

Nichtamtlicher Teil

Statt Karten

Für die Fülle von Blumen, Geschenken, Gratulationen anläßlich meines 25-jährigen Geschäftsjubiläums spreche ich allen Verwandten, Freunden u. Bekannten meinen herzlichen Dank aus

4403) **Max Prien, Friseur, Rosenstr. 1**

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am Montag meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Anna Begehr
geb. **Kröger**
verw. Badram
im 61. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
August Begehr
nebst Kindern
und Angehörigen

Lübeck, d. 29. März
Stavenstr. 41,8.

Beerdigung Freitag 1. April, 2¼ Uhr, Kapelle Vorwerk. 4397

Ortsverein Lübeck (4414)

Unser Kamerad
Heinrich Gennburg
ist gestorben. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Zur Teilnahme an der Einäscherung treten alle dienstfreien Kameraden Sonnabend, 2. April mittags 12¼ Uhr beim Feldkrug an.
Der Vorstand

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Lübeck

Am 26. ds. Mts. starb unser Kollege
Wilhelm Steffen
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 31. März, nachm. 3 Uhr, Kap. Vorwerk statt.
Die Ortsverwaltung

Danksagung
Allen denen, die unsrem lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen, seinen Sarg so reich m. Kränzen schmückt. u. Herrn Hauptpastor Kanitz für die trostreichen Worte sagen wir hiermit uns. herzl. Dank.
Katharina Wittfoht
4405) und Kinder

Deutsche Tracht
Handelshof — Tel. 29503
Der Qualitätsanzug

Malergehilfen
stellt ein
Stegemann
4366) Schützenstraße 44

Feuerholz verkauft billigst
4356) **Dinter, Falkenstr. 4**

13 Ruten Gartenland abzugeben. (4392
Kottwitzstraße 35, pt.

Für Konfirmanden
tadell. schw. Samtkleid
4395) Alfstraße 37

Eßkartoffeln
helle gesunde Ware
Ztr. 4.80
Steckrüben Ztr. 1.60
empfiehlt
Wilhelm Süfke
Schwartauer Allee 46a

Bebel
Die Frau und der Sozialismus
in Leinen geb. **3.40 M.**
Buchhandlung
Lübecker Volksbote

Architekturbüro

in Lübeck sucht für baldigst eine **erste Kraft**. Künstlerische und organisatorische Fähigkeiten Bedingung. Angeb. m. Lebenslauf und Angaben der bisherigen Tätigkeit sowie Gehaltsansprüche u. H 964 an d. Expedition d. Blattes.

Büroräume

im Zentrum der Stadt, **möglichst** 3 helle Zimmer mit elektrischer Beleuchtung, von zusammen ca. 70 qm Fläche zu sofort gesucht. Angebote mit Preis unter **H 965** an die Expedition dieses Blattes. (4377

Oeffentliche Versteigerung

am **Freitag**, d. 1. April d. Js., vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über: 1 Sofa, 1 mahagoni Schrank, 1 Pfeilerspiegel, 1 Wanduhr, Stummerdiener, 1 Waschkommode m. Sp. 1 Schreibmaschine, Anzüge, Breecheshosen, Schuhe, Wäsche, Kleider- u. a. Stoffe, Knöpfe, Nadeln, Pfeifen, Rasierpinsel, Damen- und Herrenfahrräder, 1 Kastenwagen, ferner:
1 Partie Zigarren
4412) **Die Gerichtsvollzieher**

Krankheiten
beruhen auf schlechten Körpersäften. Machen Sie **eine Bluterneuerungskur!** Sie beugen Krankheiten vor und verhüten somit **Operationen.** (4390
Heilpraxis Gelfius
Lübeck, Holstenstr. 21

Spirituosen-Abt.
Bantekuh-Küm. Fl. 1.95
Weinbrand-V. „ 2.50
Weinbrand „ 3.—
Rum-Verschnitt
Flasche 2.20, 2.50
Weißwein Fl. 1.—
Malaga „ 1.25
Tarragona, wß. „ 1.10
Tarragona rot
Flasche 1.—
Große Auswahl in Likören Fl. 2.20
Roter Kochwein
Flasche 0.95
Himbeersaft Fl. 0.75
Kirschsaft „ 0.95
alles mit Flasche 4339
Eduard Speck
Hüxstr. 80/84.

Kinder-Bettstellen
weiß, mit Gitter, von **14.— bis 68.—**
Große Bettstellen
von **11.75 bis 75.—**
Gebrüder Hett!
Untertrave 111/112
1. Stock, kein Laden, b. d. Holstenstr. (4374

Glasscheiben aller Art
u. Zubeh. **O. Tauchnitz,**
Glashandlung 4399
Fernr. 26708 Fleischhstr. 35
Bilder-Einrahmungen.

Gradl. Sofas, Büfetts, Ausziehtische, Stühle, Spiegel, Vertikos, Kommod., Flurgard., Küchenbüfetts, Schlafst., Chaiselongue, Bettst., Waschk., Schränke, Uhr, Sportw.
Wilhelms, Fleischhstr. 87
(4404)

Leonhard Frank
Der Mensch ist gut
Volksausgabe nur **60 ₰**
Arbeiter, lest dieses Buch, es wird euch die Augen öffnen!
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Möbel-Meding
nur Fischstr. 21

Reichsdruck 981:
Friedrich Ebert
Originalkupferstich von E. Smith
Blattgröße 27×34 cm
RM 2.50, auf Chinaauflage RM 5.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Lübecker Hypothekenbank
Aktiengesellschaft
Lübeck, Kohlmarkt 7-13, I. Stock

Gewährung
erststelliger Hypotheken
zu mäßigen Zinsen

Fernsprecher 20955 4418

Morgen Donnerstag 10 Uhr
Große Versteigerung
in sämtlichen Räumen des Hauses
Fischstraße 36
über viele **gute Möbel und Hausrat.**
Besichtigung 2 Stunden vor Beginn.
H. E. Koch — Hans Koch
beeidigte Versteigerer u. Sachverständige für bewegl. Gegenstände u. Waren. Gegr. 1883
Kontor u. Verkaufsräume Marlesgrube 9-11
Tel. 22850 4407

Gratulations-Karten
zur
Jugendweihe u. Konfirmation
in großer Auswahl
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Frühe und späte
Saatkartoffeln
Ia Speisekartoffeln
in bester Sortierung zu billigsten Tagespreisen
empfiehlt
A. Milkowski,
Meierstraße 26.
Fernruf 29005. (4372

Sprechapparate
Schallplatten
und Zubehör
Ratenzahlung
C. W. Meyer
Inh. G. Schneider
Piano-Magazin
Geibelplatz 6

Neue Möbel
auf 12 Monate
Kredit
Süfke, Möbellager
Breite Str. 21 Hinterhaus
(4388)

Fahrräder 15.-
Nähmaschinen
Kinderwagen
Anzahlung, Woche 5 M,
Gr. Auswahl, billig 4371
Laufer, Wakenitzmauer 5

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Heute 9 Uhr
der beliebte heitere
Familien-Abend
in der (4386
Stadtgarten
vorletzter Tag des großen
März-Bockbier
Luftschlangenschlacht
Kugelregen
Teddybärangeln
Kein Weinzwang **Eintritt 50 Pfg.**
Telephon 27044

ADLERSHORST
Morgen Donnerstag:
gr. Ueberraschung
der fidele Hans mit seiner Konzert-Orgel
Stimmung! (4376) **Humor.**

Ausstellung von Lehrlingsarbeiten
aus Handwerk und Industrie
in der Siebenhundertjahrhalle **bis einschl. Sonntag, den 3. April** (geöffnet täglich von 9—1 Uhr und 3—6 Uhr). (4385
Eintritt 30 Pfennig

Samenhandlung
Schelm & Wege, Mengstraße 10
empfiehlt 4408
Gemüse-, Blumen-, Klee-, Gras- und Rasengras-Samen in bester Ware
Pflanzkartoffeln, nur frühe Sorten
Verschiedene gute Düngemittel

Zur Jugendweihe und Konfirmation
empfehlen wir
Storms Werke, 4 Bd. in Ganzleinen . . . **9.00**
„ 5 Bd. in Halbleinen . . . **12.50**
„ 5 Bd. in Halbleder . . . **20.00**
Goethes Werke, 5 Bd. in Ganzleinen . . . **13.50**
„ 6 Bd. in tadell. Ausstattung **24.00**
Shakespeares Werke, 9 Bd. in Halbleinen **20.00**
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Kinder-Bettstellen
von 12.50 bis 55.—
Große Bettstellen
von 12.50 bis 65.—
Bettenhaus
Pauline Karstadt
Carl Karstadt Ww.
Holstenstraße 18

Arbeiter-Angel-Sport-Verein 4391
Anmeldungen zum **Anangeln am Sonntag, d. 3. April**, beim 2. Vors. W. Benthien, am Donnerst., Freitag, abds. 7-8 Uhr. **Der Vorstand**

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck
Versammlung
der Weinarbeiter
am **Freitag, 1. April,** abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung
1. **Bericht von der Lohnverhandlung.**
2. **Verschiedenes**
4384) **Die Ortsverwaltung**

Saatkartoffeln
Paulsens Juli
Perle von Erfurt
Rosenkartoffeln
Kaiserkronen
Odenwälder Blaue
Eierkartoffeln
Industrie
Preußen
Magn. bonum
sowie alle Sorten
Eßkartoffeln
empfiehlt 4398
Wilhelm Süfke
Schwartauer Allee 46a
Telephon 27832

Turner, Rasen- und Wassersportler
Mühlentor
Alle diejenigen, die geneigt sind einer Sportvereinigung für den Stadtteil **St. Jürgen** beizutreten, werden gebeten, zu einer
Versammlung
am Donnerstag, 31. März, abends 8 Uhr
im Restaurant
Adlershorst
zu erscheinen.
1. **Vortrag** von Herrn J. Wirthel, Vorsitz. des Arb Sport-Kartells: Zweck und Ziel der Sportbewegung.
2. Aussprache. 3. Bildung einer Sportgruppe.
4393) **Die Einberufer**

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 8 Uhr:
Thomas Paine
(Uraufführung)
Schauspiel von Johst
Ende nach 10 Uhr
Donnerstag, 8 Uhr.
Fidelio 4400
(Zur Erinnerung an Beethovens 100. Todestag)
Donnerstag, 8 Uhr:
Kammerspiele
Das Grabmal des unbekannten Soldaten.
Freitag, 8 Uhr:
Bonaparte
Sonnabend, 8 Uhr:
Don Pasquale

Deutsche Tracht
Handelshof — Tel. 29503
Der Qualitätsanzug
(4383)

Lübecker Volksbote

Beilage — Mittwoch, 30. März 1927 — Nummer 75

Freistaat Lübeck

Mittwoch, 30 März

Im chinesischen Café

Man muß es gesehen haben! Es ist eine Hamburger Sehenswürdigkeit ersten Ranges. Natürlich werden die Preußen sagen, „eine Altonaer", aber da ich kein Preuße bin und auch keine Lust habe, einer zu werden, so rechne ich die Große Freiheit zu St. Pauli, denn dort würde im Altonaer Gebiet überhaupt nichts los sein, wenn nicht Hamburg wäre. — Alles, was dort verkehrt, kommt aus Hamburg. Die Chinesen auch! Und ich ebenso.

Ein germanischer Portier stand an der Tür. Er trug eine ehemalige kaiserliche Livree oder doch so etwas ähnliches. Vorsichtshalber fragte ich ihn, ob ich umsonst eintreten könnte. Huldreich nickte der Gewaltige, und ich trat ein.

Obgleich es erst elf Uhr nachts war, herrschte schon ein reger Betrieb. Da ich noch nicht in China war, kann ich nicht behaupten, daß es dort auch ebenso hergeht Auf den ersten Blick sah ich nur Europäer, aber das mag von dem Qualm herrühren. Deutsche Musik — ich glaube, der Käse wurde gerade zum Bahnhof gerollt — begrüßte mich. Wie solche Heimatsklänge doch wohltuend in der Fremde wirken. —

Ein Chinese zeigte mir einen Tisch, wo noch Platz war. Ich nahm ihn dankend an. Ein farbiges Individuum saß bereits daran. Ich versuchte es in ein Gespräch zu ziehen. Aber es scheiterte an unseren mangelhaften Sprachkenntnissen. Zuerst begann ich deutsch. Der Fremde lächelte mich an und sagte nichts. Da fiel mir ein, daß ich an der Wasserkante war und da ich aus den Werken der Kienaus „Hambogsch" gelernt zu haben glaubte, sagte ich höflich aber deutlich: „Hummel, Hummel!" Aber der Kerl verstand nicht einmal das. Er grinste mich nur einfältig an. Dann sprach ich englisch und schob den Unterkiefer ordentlich vor. Doch er lächelte weiter. Da wies ich auf die schönen Damen, häufte meine ganzen dänischen Sprachkenntnisse und sagte: „Smucke pige." — Er zeigte seine Zähne, die übrigens nicht besonders gepflegt waren und grinste tonlos weiter. „Kannitverstan?" — Ne, de Kirl kunn ok nich Holländisch. Macht nichts. Ich spreche doch auch französisch, das habe ich doch in der Schule vor dreißig Jahren gelernt. Die Franzosen haben mich freilich im Weltkriege niemals verstanden, wenn ich ihre Sprache handhabte, aber dieser war ja kein Franzose. Da mochte es vielleicht gehen. Also los. „Restez — vous ici longtemps, monsieur?" — Und da kam es raus: „Hol dat Mul!" Ganz rein und deutlich. — Was sagen Sie nun? — Ich war platt. Und dann langt dieses kleine Ungeheuer aus, eine Geste, kaum nachzumachen, winkt ein Mädel, das freudestrahlend angelaufen kommt und brüllt: „Tanzen! Shimmy!" — Die Musik gehorcht. Die beiden schieben los. Knallig! Und die rote Schönheit lehnt ihr Köpfchen ordentlich an seine „schirmende Männerbrust" (Courths-Mahler).

Da habe ich die Augen weit aufgerissen und nur noch gestaunt über die vielen Chinesen, über ihren Herrn Ching Cheong, den Inhaber des Lokals, über die anderen Farbigen. Ich glaube, es waren Indier. Und endlich über die vielen, vielen weißen Mädchen, die hinter den Farbigen her waren. Da war manches hübsche Mädchen drunter. Aber über ihre Landsleute schauten sie weg, als wenn die Luft wären.

Ich zog den Ober ins Gespräch. Nach meinen Erfahrungen hatte ich für heute von den Chinesen genug und erfuhr von ihm, daß es durchaus nicht alles Dirnen wären, die hier verkehrten. „Sehen Sie die Große dort an, in dem einfachen Kleid. Sie taucht hier alle paar Wochen einmal auf, tanzt, amüsiert sich und verschwindet erst in später Stunde. Sie soll aus guter Familie sein." —

Eine Weile schaute ich noch dem bunten Treiben zu. Es herrschte ein fortwährendes Kommen und Gehen. Unermüdlich spielte die Musik zum Tanze auf. Unaufhörlich schoben und hüpften die Paare nach den neuesten Schlagern.

Dann ging ich hinaus. Aber noch lange folgten mir die Bilder aus dem chinesischen Café. Bummel.

Sozialdemokratischer Verein

Versammlung im Gewerkschaftshaus — Vortrag über den Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch — Wahlen zu den Parteitagen — Maifeier — Soz. Arbeiter-Jugend-Versammlung

In der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung am Dienstag gedachte der Vorsitzende, Gen. Haut, zuerst der verstorbenen Parteigenossen. Es sind dies A. Freitag, Heinrich Spahrmann, Heinrich Fraasch, Hans Meyer, Heinrich Nittscher, Chr. Timm, Albert Matern, Heinrich Gennburg und die Genossin Mathilde Segelken. Senator Gen. Mehrlein hielt einen interessanten Vortrag über den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, über den wir noch besonders berichten werden.

Ueber den Bezirksparteitag in Rostock und den Deutschen Parteitag in Kiel referierte Parteisekretär Gen. Weiß. Er gab in großen Umrissen ein Bild von den diese Parteitage (denen Frauenkonferenzen vorangehen) beschäftigenden Arbeiten und verwies besonders darauf, daß anläßlich des Kieler Parteitags eine große sozialistische Heerschau stattfinden soll. Auch Lübeck werde sich daran beteiligen. Nach einem Beschluß des Vorstandes und Ausschusses werden die Lübecker Parteigenossen mit Sonderzug nach Kiel fahren. Hin- und Rückfahrt wird zusammen 3,60 Mk. kosten. Auf eine zahlreiche Beteiligung wird gerechnet.

Die nächste Versammlung wird sich mit den Anträgen zu den Parteitagen beschäftigen. Die Ortsgruppe Vorwerk brachte bereits einen Antrag ein, der vom Parteitag fordert mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Altersgrenze der Invalidenversicherung von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt wird. Anträge auf Erhöhung der Renten sind von unserer Reichstagsfraktion stets gestellt worden.

Als Delegierte zum Bezirksparteitag wurden gewählt die Genossen Kaßbohm (mit 427 Stimmen), Maidel (425), Hackert (391), Frost (383). Gen. Scharp erhielt 163 Stimmen. Außerdem wählen die Ortsgruppen Vorwerk, Schönböken und Moisling je einen Delegierten, die Frauen wählen zwei Delegierte. Vom Bezirksvorstand nehmen teil die Genossen P. Löwigt, Haut und Weiß, Gen. Dr. Leber als Reichstagsabgeordneter, von der Bürgerschaftsfraktion die Genossen Wolfradt, H. Puls, Reisberger, Möller und die Genossin Köppke, als Vertreter der Preßkommission Gen. Dr. Pieth, vom Volksboten Gen. Luickhardt und die Redaktion.

Zum Kieler Parteitag wurden als Delegierte gewählt die Genossen Haut (474 Stimmen), Weiß (333) und die Genossin Köppke (474). Gen. Tretow erhielt 139 Stimmen.

Die Maifeier soll dieses Jahr nach dem Beschluß des Vorstandes und Ausschusses in anderer Form vor sich gehen. Geplant ist wieder eine Morgenfeier, eventuell ein Marktkonzert, Festzug durch die Stadt nach dem Buniamshof, allwo alle im Dienste der Arbeiterkultur stehenden Vereinigungen mitwirken sollen: Jugend- und Sportvereine, Proletarischer Sprechchor, Jugendchor usw. Abends sind Zusammenkünfte mit Ball in verschiedenen Lokalen vorgesehen. Dieser Vorschlag wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Kommunisten ersuchten, die Maifeier mit ihnen in Einheitsfront zu begehen. Gen. Weiß verwies darauf, daß die KPD. das ganze Jahr hindurch die Einheitsfront der Arbeiterschaft durchbreche und nichts anderes kenne, als die Sozialdemokratie in gemeiner Weise zu verdächtigen. Da könne es keine Zusammenarbeit geben. Die Lübecker Arbeiterschaft stehe mit Ausnahme eines kleinen Häufleins geschlossen hinter der Sozialdemokratie. Der kommunistische Vorschlag wurde einstimmig abgelehnt.

Zur Bewältigung der Vorarbeiten der Maifeier wurde ein Ausschuß gewählt, dem außer dem Vorstand folgende Genossen angehören: Hahne, Hackert, Luickhardt, Petersen, Reinke, Lubberich, Beckmann, Seemann, Heinrichs, Frau Heinrichs, Wilh. Wegner, Wilh. Mengel (Fahrenkampsweg), Passarge, Bülk, Herm. Voth, W. Warnke, Emil Rose, Rich. Meyer, Herm. Meins, Josef Maintz.

Zum Schluß machte Gen. Haut noch auf die am Mittwoch, dem 6. April, im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend aufmerksam, in der die Genossin Toni Sender sprechen wird, und ersuchte um rege Beteiligung.

Amerikanischer Besuch in Lübeck

Begrüßung durch Bürgermeister Genosse Löwigt und Senator Strack

Wie seinerzeit mitgeteilt, befinden sich rund 500 amerikanische Studenten und 70 Professoren auf einer Weltreise, im Verlauf deren auch Hamburg und Lübeck besucht werden. Für die Weltreisenden wurde der Dampfer Ryndam zu einer Art schwimmender Universität hergerichtet, auf der die Vorlesungen stattfinden. Von Hamburg aus machten die Amerikaner heute einen Abstecher nach Lübeck, wo sie im Rathaus von Bürgermeister Genosse Löwigt und Senator Strack begrüßt wurden.

Bürgermeister Löwigt erinnerte in seiner Ansprache daran, daß jetzt gerade 100 Jahre verflossen seien, seitdem Lübeck im Zusammenwirken mit Hamburg und Bremen einen Handlungs- und Schiffahrtsvertrag mit Amerika abgeschlossen haben, um die wirtschaftlichen Beziehungen Amerikas mit den Hansastädten zu fördern. Weiter verwies Genosse Löwigt darauf, daß Lübeck als alte freie Stadt und Haupt der Hansa voriges Jahr das 700jährige Bestehen als Stadtrepublik gefeiert habe und mit Stolz der Ueberlieferungen gedenke. Die Stadt zehre aber nicht nur vom Ruhme der Vergangenheit, sondern in ihr pulsiere auch frisches Leben zur Erfüllung der Gegenwartsaufgaben im Dienste des Wiederaufbaues Deutschlands. Er hoffe, daß der Besuch dazu beitrage, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika, Deutschland und Lübeck zu erweitern und zu festigen.

Nachdem Senator Strack die Gäste mit einer englischen Ansprache begrüßt hatte, nahm eine Deputation eine Besichtigung des Rathauses vor, worauf die Abreise nach Hamburg erfolgte.

Schulmedizin und Biochemie

Eine Protestversammlung

Am Montag abend fand in den Zentralhallen eine vom Biochemischen Verein einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Dr. Mehlhorn einen Vortrag hielt, der sich mit **„dem Betrug am kranken Menschen durch die Sünden der Schulmedizin, gefährlicher Krankenbehandlung, Salvarsan und anderer Arzneivergiftungen"** beschäftigte. Der Vortrag, der an sich viel zu weitläufig aufgebaut war — er dauerte 2½ Stunden — soll eine Antwort darstellen auf die aggressive Tätigkeit der Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums, in deren Auftrag unlängst ein Dr. Lehmann im Kolosseum sprach. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns in diesen Streit einzumischen und wir werden deshalb über das Ergebnis der vierstündigen Auseinandersetzungen nur referierend und summarisch berichten.

Dr. Mehlhorn bezeichnete die Angriffe Dr. Lehmanns gegen die Biochemie als olle Kamellen, die schon früher im

Gerichts-Plaudereien

Von der Liebe und dem Vorbestraftsein

Der heutige Strafvollzug dient bekanntlich der Abschreckung und der Besserung krimineller Individuen. Zwei Worte, zu denen der nicht vorbestrafte Bürger sein weises Haupt von oben nach unten bewegt, d. h. nickt, ein parlamentarisches „sehr richtig!" ruft und dabei seine Anteilnahme an den Kulturfragen des Zeitalters dokumentiert. Merkwürdig bleibt aber, daß der Staat selbst zu der heutigen Form des Strafvollzugs kein Vertrauen zu haben scheint, denn so oft ein Angeklagter eine Eintragung in seinem Strafregister aufweist, rümpft der Herr Staatsanwalt die Nase, so, als bekommt eine Hausfrau auf dem Fischmarkt alte Fische angeboten: Die Sache riecht!

Vor einigen Tagen verurteilte man eine verheiratete Frau in der ersten Instanz zu sechs Monaten Gefängnis wegen Diebstahls, weil sie vor drei Jahren wegen einer ähnlichen Straftat verurteilt wurde. In der zweiten Instanz wurde die Frau freigesprochen. Lediglich das einschlägige Vorbestraftsein genügte dem ersten Richter zur Verurteilung. Wo bleibt da die Theorie der Abschreckung und Besserung? Auch das von den Staatsanwälten vielbeliebte Wort „Sühne" sollte vorsichtiger gebraucht werden, denn wenn etwas gesühnt ist, so ist es eben ausgelöscht und gesühnt, kann also unmöglich zur Konstruierung einer neuen Sühne herangezogen werden. Aber „mit Worten läßt sich trefflich streiten", sagt der Jurist, „und euer Gemecker basiert auf der Unkenntnis der Materie,", wozu man nur: na, na! sagen kann.

Adalbert und Marie liebten sich heiß und innig. Adalbert war ein fahrender Mann und Marie ein süßes Mädel — von Berufs wegen beide! Er fuhr täglich 8 Stunden Straßenbahn, sie tunkte täglich acht Stunden lang Pralinen in Schokoladensoße — schlecht und recht. Reichtümer waren dabei nicht zu erringen, aber was will das heißen, wenn man sich liebt. Abends ging man wohl hier und da in ein Lokal und schwang fröhlich den Becher — d. h. ein Bierglas aus Preßglas. So auch an einem schwülen Frühlingsabend vor zwei Jahren — vor zwei Jahren! In einem Lokal in Oliva saßen Adalbert und Marie mit einem fremden Gast an einem Tisch, wurden bekannt und zechten wacker. Plötzlich bekommt Adalbert einen starken Blick und guckt sich den Fußboden unter dem Tisch an. Marie ist der Meinung, Adalbert ist in dem ersten Stadium des „Schrägeseins", aber nein, mit spitzigen Fingern hebt Adalbert einen 20-Mark-Schein von der Erde auf und läßt ihn in seiner Westentasche verschwinden. Am nächsten Tag kauft Adalbert seiner Marie allerlei niedliche Dinge, die die Liebe befestigte.

Es gibt Imponderabilien im Leben, die auch die juristische Liebe zweier Menschen zerstören. Adalbert und Marie erkannten eines Tages, daß sie sich in ihrer Liebe zueinander geirrt hätten und gingen auseinander. Jetzt, nach zwei Jahren lebt der kleine Vorfall mit dem 20-Mark-Schein wieder auf und Adalbert muß sich vor dem Schöffengericht gegen die Anklage des Diebstahls verantworten. Adalbert behauptet, das heruntergefallene Geld wäre sein eigenes gewesen. Marie belastet Adalbert, verwickelt sich aber in Widersprüche. Es hat sich damals vor zwei Jahren niemand gemeldet, der zwanzig Mark verloren haben wollte. Die Sache wäre somit eine Bagatelle, wenn nicht — Adalbert wegen Diebstahl und Hehlerei vorbestraft wäre. Der Amtsanwalt beantragt drei Wochen Gefängnis, das Gericht kann sich von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen und kommt zur Freisprechung. Weshalb der Antrag? Der Staat, der Sühnen zur Abschreckung und Besserung verhängt, glaubt nicht an seine Theorie, ihm ist der Angeklagte „anrüchig".

Hertha und der Mann im Schlafzimmer

Der Fall ist ganz klar. Man sage nicht einfach Pech oder Zufall, der umgefallene Stuhl ist vielmehr eine Folge innerer äußerer seelischer Vorgänge und man wird zugeben müssen, daß der Anblick einer hübschen weiblichen Person, deren blonder Bubikopf auf schneeigem Linnen gebettet friedlich schlummert, auch den hargesottensten Einbrecher verwirrt machen kann, er über einen Stuhl stolpert und „verschütt" geht.

Hertha ist ein hübsches, nettes Mädel, eine Frau in der Blüte weiblicher Vollkommenheit, rosig, blond — ein richtiges Mädel fürs Herz, nur — Hertha „redet zu viel mit dem Mund", wie der Volksmund sagt. Dieses viele Reden hat Hertha im Leben schon viel Verdruß gemacht, sei es, daß sie den Mann, der sie liebte, mit ihren täglichen Erzählungen vom lieben Gott den letzten Rest Verstand verwirrte, anstatt ihm den begehrten kleinen Mund darzubieten, so daß der Mann sich dem stillen Suff ergab und sie nicht heiratete, sei es, daß Hertha vor lauter Reden den letzten Zug verpaßte und dadurch in eine prekäre Lage geriet, sei es, daß Hertha vor lauter Reden immer den eigentlichen Kern einer Angelegenheit aus dem Auge verlor, gewiß, der Vorfall mit dem „Latten-Artur" wird hoffentlich Hertha für eine Weile die Redseligkeit eindämmen.

Schlummerrollen mit der Aufschrift „Meinem Liebling" und „Nur fünf bis sechs Stündchen" fertigt Hertha für zahlungskräftige Kunden und fristet damit ihren Unterhalt. Jedem, der es wissen wollte (oder auch nicht), erzählte Hertha, daß sie ihre Ersparnisse in der Nachttischschublade aufbewahre und ihre Wohnung niemals allein lasse.

Dem Leben in seiner rauhen Wirklichkeit steht Hertha so gegenüber, wie — nun, wie ein nettes kleines Mädchen gewöhnlich. Was weiß Hertha vom Spezialisten im Verbrecherhandwerk?

„Latten-Artur" ist Spezialist für „Morgenvisiten", ein „duftter Ganove", der seinen Spitznamen einer schier ungewöhnlichen Körperlänge verdankt. Der Spezialist in „Morgenvisiten" basiert auf der Erkenntnis, daß der Morgenschlaf des Menschen der festeste ist und das erwachende Großstadtleben leichteres Kommen und Gehen erlaubt.

„Latten-Artur", der natürlich mit dem „Tandel" am Wohnungsschloß umzugehen weiß wie ein Maler mit dem Pinsel, öffnete am 22. März Herthas Wohnungstür in der Kastanienallee, geht auf leisen Sohlen ans Nachttischchen und findet hier auf den ersten Blick ein Kästchen mit Geld und einen Verlobungsring, steckt alles in seine Tasche und wirft einen letzten Blick auf die schlafende Hertha.

Dieses muß der Augenblick gewesen sein, der den hartgesottenen, reichlich vorbestraften Sünder unsicher gemacht hat. Wahrscheinlich hat der duftige Batist des Nachtgewandes in Verbindung mit der zarten samtweichen Haut die Verbrecherseele so aufgewühlt, daß es um seine bisherige Sicherheit im Auftreten geschehen war; männlich, alle Gefühle unterdrückend, will „Latten-Artur" das Zimmer verlassen, da stößt er mit zitterndem Knie einen Stuhl um, der mit lautem Krach umfällt . . .

Wir wollen den Mantel christlichen Mitgefühls über den Schrecken decken, den die kleine Hertha beim Aufklappen ihrer mandelförmigen Aeuglein empfand. Ein langgezogener Schrei entquoll dem kleinen Mund. — „Latten-Artur" sauste mit seinen langen Beinen aus der Wohnung und ward vorerst nicht mehr gesehen. Die alarmierte Polizei machte jedoch den langen Kerl bald ausfindig, dank Herthas Beschreibung, allerdings nicht ihre jahrelangen Ersparnisse von etwa 1500 Mark.

Arme Hertha! Durch dein vieles unnötiges Reden hast du einen schweren Schlag mehr erlitten, was nützt es dir, daß „Latten-Artur" jetzt für zwei Jahre ins Zuchthaus muß. Das, was du sauer erworben hast, siehst du nicht mehr wieder.

Bartolus

Kampfe gegen die Homöopathie angewandt worden seien. Aus Liebe zum Volke halte Dr. Lehmann seine Vorträge nicht, sondern es habe den Anschein, daß er seine Ansicht verkaufe, denn in Wirklichkeit glaube er selbst an die Augendiagnose und Biochemie. Mißbräuche — so sagte der Redner — kommen natürlich überall vor und er wende sich auch nicht gegen den ehrlichen Arzt, sondern gegen die Technik der Untersuchung, der inneren Behandlungsmethode der Schulmedizin. Diese werde von der Chirurgie gering geachtet. Uebrigens sollte jeder Arzt neue Behandlungsmethoden nur dann einführen dürfen, wenn er diese mindestens 1 Jahr lang an sich selbst erprobt hat. Wassermann z. B. habe es glatt abgelehnt, die Salvarsankur an sich selbst zu vollziehen. In der Behandlung der Syphilitiker mit Salvarsan treibe die Schulmedizin eine grundsätzliche Grundsatzlosigkeit. Dr. Trent behauptete schätzungsweise, daß heute in Deutschland 25 Proz. aller Menschen geschlechtskrank und davon 15 Proz. syphilitisch seien. Und das, nachdem 20 Jahre Salvarsan gespritzt werde. 84 Proz. der Kranken seien nach zwei Jahren noch nicht geheilt, ja die Folgen syphilitischer Ansteckung, Rückenmarkschwindsucht, Nerven- und Gehirnsyphilis die früher nach 20—30 Jahren eintraten, seien heute schon nach 3—6 Jahren bemerkbar. Das syphilitische Gift werde durch das Salvarsan aus dem Blute heraus und ins Gehirn getrieben. In der Behandlungsmethode herrsche eine Gewissenlosigkeit. 50 Proz. aller Fälle blieben unausgeheilt. Das Salvarsan selbst werfe ungeheuren Gewinn ab. Das Kilo verursache 200 RM. Herstellungskosten, es werde mit 8000—16 000 RM verkauft. Des weiteren verurteilte der Redner die Anwendung narkotischer Mittel, von Opium und Morphium, Veronal, Brom, Arsen usw., mit ihren lähmenden Wirkungen. Die amtliche Schulmedizin nehme eben die Mittel, ohne zu fragen, woher sie kommen. Vom Aderlaß spreche heute niemand mehr, die ersten Aerzte aber, die gegen ihn auftraten, wurden geächtet.

Dr. Mehlhorn verurteilt dann weiter das Verhalten der hiesigen Aerztekammer, die gegen den Vorwurf einer Aerztin, Biochemie sei Schwindel, nichts unternommen habe, ferner, daß er kein Honorar für entgangene Praxis im Kriege erhalten hätte und daß die Kollegen so sehr gegen ihn voreingenommen gewesen seien, daß sie seiner Frau bei der Entbindung ärztlichen Beistand versagt hätten. Im einzelnen geht der Vortragende noch auf die Schüßlersche Methode ein, die dem Körper die richtigen Stoffe zuführe, die zu seinem dauernden Bestande gehörten und die der Körper zu zerlegen imstande sein müsse. Man zähle heute 11 solcher Heilstoffe. Jede Methode habe natürlich ihre Grenzen. Wenn das Volk heute zu den ungelernten Heilkundigen gehe, dann trügen die Aerzte selbst schuld daran. Sie müßten das Vertrauen des Volkes wieder erwerben. Erst komme die Wahrheit, dann der Stand. Das Wohl der Gesamtheit gehe über alles.

In der Debatte verwahrte sich Dr. Siering u. a. gegen die scharfen Angriffe des ärztlichen Standes und ging dann auf Einzelheiten ein. Die Biochemie könne z. B. nicht sagen, daß sie unter allen Umständen auf Chloroform, Morphium und Opium verzichte. Bei schweren Operationen seien diese Mittel unerläßlich und ein Segen für die Menschheit, deren Anwendung bei chronischen Krankheiten sei allerdings zu verurteilen. Ebenso verteidigte der Redner die Anwendung des Salvarsans und behauptet, daß der Prozentsatz der Paralytiker nicht 30, sondern 3 Proz. betrage. Wenn heute mehr Syphilisfälle an die Oeffentlichkeit kommen, dann deswegen, weil die Menschheit den Wert des Salvarsans erkannt habe. Er selbst habe unter 1000 vorgenommenen Einspritzungen kein ungünstiges Resultat erzielt. Die in der Literatur besprochenen Todesfälle zeugten gerade von der Ehrlichkeit der Aerzte. Der Redner bestritt die Behauptung, daß die Salvarsanpräparate zu teuer seien, da die Nachprüfung viele Mühe verursache. Im übrigen habe er noch nicht gegen Biochemie und Homöopathie gekämpft, sondern nur gegen die Auswüchse des Kurpfuschertums. Die Biochemie nehme nur die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung, die ihr in den Kram paßten. Mit Salzen allein sei nicht zu heilen, auch Vererbungs- und seelische Einflüsse dürften nicht außer acht gelassen werden. Für naturgemäße Lebensweise solle man kämpfen, sich aber nicht zu einem Heilverein zusammentun, der mit bestimmten Methoden die Krankheiten heilen wolle. Die Biochemiker könnten ja eine Klinik bauen und ihre Experimente erproben.

Genosse Göhr, ein alter Anhänger der Biochemie, verwies u. a. auf eine okkultistische Anwandlung Dr. Sierings und betonte, daß sich die Biochemiker mit solchen Dingen nicht befaßten. Bezeichnend sei es aber, daß sich der Aerztliche Verein gegen die Zulassung Dr. Mehlhorns zur Allg. Ortskrankenkasse wende und daß deshalb die 2000 Mitglieder des Biochemischen Vereins alles selbst bezahlen müßten. Göhr widerlegte dann die Sieringsche Behauptung vom billigen Salvarsan an Hand der Aerztezeitung selbst. Sehr scharf wandte sich der Sprecher gegen das neue Geschlechtskrankengesetz, das Millionen Menschen der Verdächtigung und Gefahr aussetze. Im Biochemischen Verein werde keiner geduldet, der Schwindel treibe. Die Bewegung habe gerade deswegen auch solch großen Zuwachs, weil viele durch die wissenschaftliche Medizin keine Heilung finden. Die Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums schicke jetzt bezahlte Agenten ins Land, die andre Redner nicht zu Worte kommen lassen. Der Aerztliche Verein hier habe ja auch einen andern hiesigen homöopathischen Arzt 10 Jahre lang schikaniert. Im übrigen werde das Volk gegen die Standes- und Autoritätsherrschaft der Schulmediziner den Kampf schon aufnehmen, und nicht zuletzt dafür sorgen müssen, daß die Ausführungsbestimmungen zum Geschlechtskrankengesetz erträglich werden. — Gegen 12 Uhr nachts hielt Dr. Mehlhorn die Schlußrede.

Warum stirbt der Storch in Deutschland aus?

Es ist eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß der weiße Storch von Jahr zu Jahr ein immer seltenerer Gast der deutschen Heimat wird, und es ist damit zu rechnen, daß auch dieses Jahr wieder so manches Storchennest unbesetzt bleiben wird. Ueber das fortschreitende Verschwinden der Störche liegt statistisches Material vor, und die folgenden Zahlen sprechen eine beredete Sprache! Im Jahre 1901 gab es in Mecklenburg noch 3094 besetzte Storchnester, 1912 waren es nur noch 1072 und im Jahre 1925 blieben noch ganze 536 besetzte Storchnester. In Ostpreußen ist die Zahl der vorhandenen Storchnester in der Zeit von 1900 bis 1925 um 70 Prozent zurückgegangen, in Schlesien um 65 Prozent und in Schleswig-Holstein um 50 Prozent. (Auch im Lübschen Gebiet nimmt die Zahl von Jahr zu Jahr ab.) Eine derart starke Abnahme wurde auch in allen übrigen deutschen Ländern beobachtet und auch das angrenzende Dänemark klagt über einen Rückgang von 85 Prozent der früher besetzten Storchnester.

Wenn wir, so schreibt ein Mitarbeiter der Frkf. Ztg., die Frage über die Ursache der Storchenabnahme vorlegen, dann sei von vornherein gesagt, daß der Mangel an Nistgelegenheiten dafür nicht in Frage kommen kann, denn es ist ganz klar, daß die große Anzahl unbesetzter Storchnester große Möglichkeiten für die Neuansiedlung zahlreicher Storchenpaare bieten würde. Die Ursachen sind meines Erachtens ganz anderer Natur. Von wesentlicher Bedeutung ist der große Verlust von Störchen in den südafrikanischen Winterquartieren. Trotzdem die Störche dort denselben gesetzlichen Schutz genießen wie bei uns, werden zahlreiche Tiere das Opfer der Maßnahmen gegen die dortige Art der Heuschrecken-Vertilgung. Das massenhafte Auftreten dieser Schädlinge hat zu einer großzügigen Bekämpfung mit Arsenik geführt. Da aber der Storch ein eifriger Vertilger von Heuschrecken ist und sich mit Vorliebe in den dortigen Heuschrecken-Landschaften aufhält, kommt es leider recht oft vor, daß ganze Storchenkolonien durch das Fressen der mit Arsenik vergifteten Heuschrecken zugrunde gehen. Weiter muß zugegeben werden, daß die fortschreitende Entwässerung und Kultivierung der Sumpfländereien für den Storch, der für sich und seine Nachkommenschaft ganz gewaltige Mengen Nahrung benötigt, den Rückgang der Störche fördern muß. Diese Annahme entspricht denn auch durchaus der Wirklichkeit. Die wenig kultivierten Gebiete verfügen auch heute noch über einen relativ guten Storchenbestand. Die storchreichste Gegend unseres Vaterlandes ist das Sumpfgebiet der Eider in der Geest und Marsch. Das Dorf Hollingstedt an der Treene hatte 28 besetzte Storchnester im vergangenen Jahre! Zum Schluß sei noch auf eine Beobachtung an Störchen hingewiesen, die m. E. ebenfalls ungünstig auf den Storchenbestand wirken muß. In sehr vielen Fällen ist festgestellt worden, daß die Störche ihr Gelege nicht ausgebrütet haben, dieses vielmehr selbst zerstörten, indem sie die Eier aus dem Neste warfen. In einzelnen Fällen wurden sogar die Jungen aus dem Nest geworfen. Man hat diese Vorgänge häufig in trockenen Sommern beobachtet, wo die Sümpfe und Gräben wasserarm waren, oder in Landschaften, wo eine Kultivierung oder Entwässerung gerade im Gange war. Daraus kann man nur folgern, daß die Störche ihre Jungen nicht ernähren können und darum die Brut zerstören. Darin liegt selbstverständlich für die Vermehrung der Störche eine große Gefahr, insbesondere wenn man bedenkt, daß die Störche erst mit dem dritten bis vierten Lebensjahr zum Brutgeschäft schreiten. Der Abgang an alten Störchen wird also durch die unzureichende Vermehrung nicht ersetzt. In dieser Erscheinung dürfen wir vielleicht den Hauptgrund für die Abnahme der Störche suchen und wir werden uns entschließen müssen, die zur Kultivierung ungeeigneten Moore und Sumpfländereien zum gesetzlichen Naturschutzgebiete zu erklären.

Neues aus aller Welt

Der „Pfaffenspiegel" teilweise freigegeben

Das Urteil des Moabiter Schöffengerichts

Eine Ersatzkammer beim Landgericht II führte den Berufungsprozeß gegen den Herausgeber des „Pfaffenspiegel", den Verleger Bock, durch. Die Ersatzkammer mußte zusammentreten, weil die Mitglieder der zuständigen Kammer durch den Mund ihres Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Hartmann, sich, weil alle Angehörigen dieser Kammer katholisch sind, für befangen erklärt hatte. Der „Pfaffenspiegel" ist bekanntlich im Sommer des Jahres 1926 durch ein Urteil des Landgerichts II verboten und der Verleger zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die jetzige Kammer hob das Urteil mit der Maßgabe auf, daß die Strafe von 100 Mark bestehen bleibt, daß aber das Buch nach der Entfernung von zwölf als anstößig befundenen Stellen wiedererscheinen darf.

Bestrafte Eisenbahntransportgefährdung

Am 23. Juni v. J. hatten die Arbeiter Philipp Corneky und Göbel in der Nähe von Koblenz einen Schnellzug zur Entgleisung zu bringen versucht, indem sie eine große Eisenbahnschwelle auf die Gleise legten. Da die Schnellzugmaschine die Schwelle beiseite schleuderte, wurde ein großes Unglück verhütet. Das Schwurgericht Koblenz hatte die beiden Täter wegen Eisenbahntransportgefährdung und versuchten Mordes zu 5 bzw. 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Reichsgericht bestätigte am Dienstag dieses Urteil und verwarf die Revision der beiden Angeklagten.

Prozeß gegen einen Massenmörder. Vor dem Kriegsgericht Mitau begann am Montag die Verhandlung gegen den Massenmörder Kaupen. Der Prozeß dürfte sich zu einem der größten seiner Art auswachsen. Die Anklageschrift umfaßt mehrere hundert Seiten. Der Massenmörder, der in der Untersuchungshaft eine große Verteidigungsrede vorbereitet hat, erhielt in letzter Zeit mehrere Briefe von weiblicher Hand, in denen die Verehrerinnen dem Räuberhauptmann ihre Huldigung darbrachten.

Ein Kutter mit 19 Mann gesunken. Der Färörsche Kutter Hafsteir stieß bei Westmanna-Eyjar mit einem anderen Kutter zusammen und sank. Alle 19 Mann der Besatzung ertranken.

Schreckenstat einer Mutter. Die 34jährige, von ihrem Ehemann getrennt lebende Ehefrau Krawitzki tötete auf dem Gute Theresienhof bei Groß-Machnow im Kreise Teltow am Dienstag abend ihre 11jährige Tochter durch zahlreiche Messerstiche. Die Mörderin wurde verhaftet und dem zuständigen Amtsgericht zugeführt. Vermutlich hat die Mutter die Tat im Wahnsinn begangen.

Freispruch in einem Mordprozeß. Im Schmachtenhagener Mordprozeß gegen den Siedler Josef Britzke verkündigte das Berliner Schwurgericht am Dienstag nachmittag das freisprechende Urteil. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, es sei besser, daß eine Straftat ungesühnt bleibt, als daß ein Unschuldiger bestraft wird. Der Angeklagte selbst hatte sich in seinem Schlußwort als unschuldig bezeichnet. Damit bleibt die nahezu vier Jahre zurückliegende Mordtat weiterhin ungeklärt und ungesühnt.

Arbeitslosendrama in Kopenhagen

In der dänischen Hauptstadt stürzte sich dieser Tage ein arbeitsloser Schokoladenarbeiter aus seiner im 4. Stock befindlichen Wohnung auf den Hof. Ein Polizeibeamter sorgte für die Ueberführung in das Krankenhaus und brachte den 10jährigen Jungen bei Nachbarn unter, während er das anscheinend schlafende 5jährige Töchterchen nicht stören wollte. Als die Frau jedoch vom Zeitungsaustragen nach Hause kam, mußte sie mit Entsetzen feststellen, daß das Mädchen erwürgt war. Völlig verwirrt gestand der Knabe, daß der Vater auch ihn zu erwürgen versucht hatte. Der Mann ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Er hat die Tat infolge überlanger Arbeitslosigkeit begangen.

Eine Kattowitzer Duellgeschichte

Die gerettete Ehre eines ruppigen Offiziers

Am 13. März erschien in der „Kattowitzer Zeitung" ein satirisches Gedicht, das sich mit dem Eindringen zweier polnischer Leutnants in die Redaktion der sozialistischen „Gazeta Robotniczt" in Kattowitz beschäftigte. Dies Blatt hatte, wie auch viele andere Zeitungen in Deutschland und Polen, die Nachricht gebracht, daß zwei polnische Offiziere in voller Ausrüstung über die deutsche Grenze desertiert seien. Der in der Redaktion anwesende Redakteur Slowik ließ sich von den Leutnants, die mit Reitpeitschen anrückten, nicht verblüffen, sondern schlug den Leutnant Przyjenski mit einem Stuhle nieder. Der andere Leutnant trat hierauf mit gezücktem Revolver den Rückzug an. Da der geschlagene Leutnant nun offenbar mit dem Redakteur des polnisch-sozialistischen Blattes nichts mehr zu tun haben wollte, beschloß er, seine ramponierte Ehre auf andere Weise aufzubügeln. Er begab sich zu seinem Bataillonskommandeur und bat ihn, die Angelegenheit auf dem Ehrenwege gegen den Verfasser des Gedichts austragen zu dürfen, in dem gesagt worden war, daß der eine Held „wie unterm Fleischerbeil die Sau" hingesunken sei. Der Bataillonskommandeur genehmigte die Bitte seines Leutnants und schickte zwei Majore zu dem verantwortlichen Redakteur der Kattowitzer Zeitung, Dr. Martin Meister, die ihn aufforderten, den Verfasser des Gedichts zu nennen. Dr. Meister lehnte diese Zumutung ab. Darauf schickte der beleidigte Leutnant am andern Morgen zwei Majore als Kartellträger zu ihm, die ihn aufforderten, seine Kartellträger zu nennen. Dr. Meister leistete auch dieser Aufforderung keine Folge, worauf 48 Stunden später ein militärisches Ehrengericht zusammentrat und nach dem polnischen Ehrenkodex erklärte, daß die Angelegenheit für den Leutnant ehrenhaft erledigt sei, weil Dr. Meister den Ehrenweg nicht betreten habe.

Der Leichenfund bei Schildhorn. Der Berliner Kriminalpolizei ist es bis jetzt trotz umfangreicher Nachforschungen noch nicht gelungen, die Tote festzustellen, deren Rumpf am Montag in der Havel bei Schildhorn aufgefunden wurde. Hingegen wurden etwa 3 Km von der Fundstelle entfernt im Grunewald verschiedene weibliche Kleidungsstücke gefunden. Einstweilen steht allerdings noch nicht fest, ob diese Bekleidungsstücke der Toten gehört haben. Am Dienstag nachmittag wurde beim Absuchen der Havel außerdem die Leiche eines etwa zwei Tage alten Kindes gefunden, die mit Stricken zusammengebunden war. Die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Funden bedürfen jedoch noch der Aufklärung.

Achtung, Parteigenossen!

Während der Ostertage kommen 60—70 dänische Jugendgenossinnen und Genossen nach Lübeck. Um die Jugendlichen unterzubringen benötigen wir einer Anzahl guter Quartiere mit Verpflegung (Freiquartiere). Wir bitten, unsere dänischen Freunde zu unterstützen. Anmeldungen nimmt entgegen: das Parteisekretariat Johannisstr. 48, I.

Wichtig für Kleinrentner. In Ergänzung der am Montag veröffentlichten Notiz sei noch mitgeteilt, daß ein Abzug der Kapitalertragsteuer nicht stattfindet bei Hypothekenzinsen, Sparkassenguthaben und Vorzugsrenten für ehemalige öffentliche Anleihen. Hier kommen also Erstattungsanträge an das Finanzamt nicht in Frage.

Der 7. Weltkongreß der proletarischen Esperantisten wird vom 12. bis 16. August in Lyon stattfinden. — Während der Osterfeiertage findet im Leipziger Volkshaus ein außerordentlicher Bundestag des Arbeiter-Esperanto-Bundes für das deutsche Sprachgebiet statt, der sich neben Vorstandsberichten und Neuwahlen hauptsächlich mit Organisations-, Lehrbuch- und Propagandafragen beschäftigen wird.

Staatliche Handelslehranstalt. Am 28. und 29. März fanden in der Aula der Ernestinenschule die Entlassungsfeiern der Staatlichen Handelslehranstalt statt. Nach einleitenden Musikstücken und dem Vortrage einiger Gedichte hielt Studienrat Lötsch die Abschiedsrede. Es kamen insgesamt 261 Schüler und 206 Schülerinnen aus den einzelnen Abteilungen (Höhere Handelsschule, Handelsschule, Kaufmannsschule, Drogistenfachschule und Berufsschule für Schreiberlehrlinge) zur Entlassung. Für vorzügliche Leistungen wurden nachstehende Schüler und Schülerinnen durch eine Prämie ausgezeichnet: Walter Miege (i. H. Wm. Schwartz), Hans Quade (H. L. Haukohl), Erwin Ott (Travewerk), August Ebinger (Heinr. Vagels), Paul Olof (Karl Pagel), Ulla Harloff (Rudolph Karstadt A.-G.), Betty Brüggmann (C. F. Schütt & Co.), Gertrud Lange (Adolf Christiansen). Ferner erhielten für gute Leistungen ein Lob: Hugo Wohlers (Hanson & Co.), Heinrich Will (Charles Coleman), Franz Schlichte (Otto Runge, A.-G.), Hans Kassow (Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft), Willy Johnsen (Harder & Knaack), Peter Burmeister (Jost Hinrich Havemann & Sohn), Walter Starcke (G. Kagel & Co.), Friedrich Schütt (Kollmann & Evers), Ernst Bohm (Lübeck-Linie A.-G.), Bruno Gaebel (Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft), Walter Buhr (Maschinenfabrik Beth), Ernst Stegemann (Friedrich Schwart), Walter Meyer (Max Jenne), Helmut Lütt (Rechtsanwalt Behrmann-Schwartau), Elsa Hinz (A. W. Dürschmidt), Hedwig Ziegler (Eugen Radtke), Anni Petereit (Louis Cantor), Hildegard Kaufmann (Hans Lois), Elfriede Seibert (M. Heinberg), Käthe Bannow (Ernst Robert) und Käthe Sewe (Boie & Hendel).

Drogistengehilfenprüfung. In der Staatlichen Handelslehranstalt fand die vom Deutschen Drogisten-Verbande vorgeschriebene Drogistengehilfenprüfung statt. Es bestanden insgesamt 23 Prüflinge, davon 1 mit sehr gut, 8 mit gut und 14 mit befriedigend. Für vorzügliche Leistungen erhielt der Schüler Paul Olof (i./H. Karl Pagel) die Prämie des Lübecker Drogisten-Verbandes. Dem Schüler Walter Meyer (i./H. Max Jenne) wurde für gute Leistungen ein Lob zuerkannt. — 23 neue junge Gehilfen im Drogistenberuf, der an sich schon überfüllt ist, das scheint uns recht viel. Wo sollen die Leute nur unterkommen? In den letzten Jahren mußte mancher wieder umsatteln, weil er keine Stellung finden konnte.

Stadttheater. Zum Gastspiel des Wiener Burg-Ensembles. Durch eine lange Tradition ist das Wiener Burgtheater nahezu zum Inbegriff für die deutsche Theaterkultur geworden. Ein Gastspiel der Wiener Burg darf also unbedingt eine verfeinerte, letzte Entfaltung schauspielerischer Kunst, eine unerhörte Leichtigkeit des Spiels erwarten lassen. Das Stück, mit dem die Wiener Burg am Mittwoch, dem 6. April im Stadttheater gastiert, ist ein Spiel des ungarischen Dichters Franz von Molnar, von dessen gewiegter und routinierter Kunst das augenblicklich mit so großem Erfolg in den Kammerspielen gegebene „Spiel im Schloß" beredtes Zeugnis ablegt. Den Vorwurf, den Molnar in seinem „Schwan" gestaltet hat, ist sehr dankbar: das Intrigenspiel einer Prinzessin eines entthronten Herrscherhauses um die Erringung eines Thronfolgers als Gatte für die Tochter in Verbindung mit einem Liebesspiel zwischen dieser Tochter und dem Hauslehrer der beiden Prinzen. Molnar sprüht von Geist und Laune, seine Satire ist von einer bezwingenden Art.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Schwartau-Rensefeld. Sozialdemokrat. „Frauengruppe". Am Mittwoch, dem 30. d. Mts., abends 8 Uhr findet im Gasthof „Transvaal" unsere Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung haben wir u. a.: Vortrag der Genossin Köpke-Lübeck. Um recht zahlreiche Beteiligung der Genossinnen bittet Der Vorstand.

Erbauliches aus West-Ratekau

Die verlogene Berichterstattung des Lübecker General-Anzeigers

Wie man in einer Gemeinde sozialen Wohnungsbau betreibt, zeigt der Gemeindevorstand der Gemeinde West-Ratekau. Der Gemeinde wurden Anfang Februar d. J. 15000 Mark Baugelder der Regierung Eutin überwiesen. Wenn in früheren Jahren dem Pflegeausschuß die Verteilung zufiel, so nahm diesmal schon im Herbst 1926 der Gemeindevorstand die Verteilung vor. Es wurde weniger die Bedürftigkeitsfrage geprüft, sondern man verteilte nach Ortschaften, ob 1000 Einwohner oder 100, das sollte sich gleich bleiben. 5 Dörfer sollten beglückt werden. Der Gemeindevorstand wurde sich auch in 4 Fällen einig, aber der fünfte Bau machte Kopfzerbrechen, den wollte der in Gruppe 7 angestellte Herr Gemeindevorsteher Scharbau in Pansdorf haben. Die beiden Beigeordneten, Landmann Ehlers von der Rechten und unser Genosse Frieborg wandten sich dagegen. Man einigte sich, die Sitzung am Mittwoch fortzusetzen. Der Gemeindevorsteher wußte aber Rat, denn eine Liebe ist der anderen wert. Er bittet den im Verhandeln „großzügigen" Hauptlehrer Steffen-Hemmelsdorf zu dieser Sitzung und siehe, der Herr bringt es fertig, die beiden zu überzeugen, daß der Herr Gemeindevorsteher bedürftig sei, und schon war die Sache erledigt. Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Unsere Genossen bekamen Wind von dem Kuhhandel. Es liefen Beschwerden ein, worauf unsere Genossen in der Sitzung am 17. März eingriffen.

Zu Anfang der Sitzung stellte unser Genosse Lüth dem Gemeindevorsteher folgende Fragen: Seit wann gehört Herr Steffen dem Gemeindevorstand an? Garnicht! war die Antwort. Hat Herr Steffen an der betr. Vorstandssitzung mit beratender und beschließender Stimme teilgenommen? Ja! Hierauf rechnete unser Genosse Lüth mit dem Herrn gehörig ab, er geißelte vor allem die grobe Verletzung des Artikels 31 der Gemeindeordnung. Dann trat der redegewandte, aber von Gemeindepolitik wenig wissende Hauptlehrer auf, faselte von persönlichen Gehässigkeiten usw. Genosse Lüth trat ihm nochmals entgegen und bat ihn, er möchte sich doch die Gemeindeordnung einmal ansehen, worauf der Mann wutentbrannt erwiderte, er habe etwas anderes zu tun, als nur die Gemeindeordnung zu lernen. Dieser Mann sitzt im 6. Jahr im Gemeinderat und kennt noch nicht einmal die Geschäftsführung. Wie mag es da erst mit der Staatslehre in der Schule aussehen?

Ein Antrag unseres Genossen Schwarz, der die beiden, die Gemeindeordnung mit Füßen tretenden Herren zur Mandatsniederlegung aufforderte, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Darauf verließen unsere Genossen unter Protest die Sitzung.

Zum 24. März hatte der sonst die Gemeindeordnung wenig kennende Gemeindevorsteher wiederum zu einer Sitzung geladen. Er verwies auf Artikel 25 der Gemeindeordnung. Unsere Genossen erschienen und ließen durch den Genossen Lüth folgende Fragen an den Herrn Gemeindevorsteher richten: Welche Schritte hat der Gemeindevorsteher gegen die Herren unternommen, die die Gemeindeordnung übertreten haben? Ich kann laden, wen ich will! war die Antwort, und der sich um sich selbst windende Hauptlehrer war schon wieder da. Er wollte den aus Seeretz zahlreich erschienenen Genossen einreden, sie wären wohl erschienen, um sich den Zirkus anzusehen. Ja, Herr Hauptlehrer, in jedem Zirkus gibt es einen Clown, der die dümmsten Dinge macht. Sonst könnte Herr Steffen nicht davon reden, daß unser Genosse Schwarz mit seinem Antrage die beiden Schuldigen aus ihrer Fraktion ausschließen wollte, sondern aus dem Gemeinderat. Herr Krull brachte einen Antrag auf Schluß der Debatte ein, der angenommen wurde. Unser Genosse Lüth gab daraufhin die Erklärung ab, daß unsere Genossen sowie die Ersatzmänner dem Herrn Gemeindevorsteher ihre Mandate zur Verfügung stellen. Somit ist der Gemeinderat beschlußunfähig geworden.

Das ist der wahre Sachverhalt, der deutlich genug zeigt, was sich eingebildete Machthaber in den Gemeinden erlauben. Daß sie im Unrecht sind, ergibt sich aus der ganz ungeheuerlichen Berichterstattung im Lübecker General-Anzeiger. Dort wird immer nur von der Verletzung der Geschäftsordnung gesprochen, auf den Sachverhalt aber mit keinem Wort eingegangen. Echt bürgerliche, verlogene Berichterstattung, die verschweigt, daß man einem gutbesoldeten Gemeindevorsteher Bauhilfsgelder zuschanzen und die Arbeiter um ihr Recht prellen will.

P. **Ahrensbök.** Werbeabend für den Arbeitersport. Am Sonntag veranstaltete unser Trommler- und Pfeiferkorps einen Unterhaltungsabend, der zugleich als Werbeabend für den Arbeitersport galt. 300 Personen waren anwesend, die durch die aufgeführten Theaterstücke für einige Stunden den Sorgen des Alltags entrückt waren. Eine Ueberraschung für unsere Ahrensböker waren die sehr guten Leistungen der Damenmusterriegen von den Arbeitersportvereinen Lübeck und Schwartau. Ihnen wurde auch reicher Beifall gezollt. Störend wirkte es, daß einige unreife Burschen und Mädels, die den Sinn der Vorführung nicht verstanden, lachten. Möge dieser gut gelungene Abend auch hier dazu beigetragen haben, daß sich in unserem Orte ein starker Arbeitersportverein entwickelt. Darum, alle Arbeiter hinein in die Reihen der Arbeitersportler. Der nachfolgende Ball hielt noch recht viele Anwesende bis in die frohen Morgenstunden in fröhlicher Stimmung beisammen.

Cl **Eutin.** Der „Bund der Kinderreichen" beabsichtigt hier eine Ortsgruppe ins Leben zu rufen. Nur nach dem Namen zu urteilen, könnte man meinen, es handle sich um die Vertretung der Belange notleidender kinderreicher Familien. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall. Man will für einen möglichst großen Kinderreichtum zu militärischen Zwecken werben! Das ist einmal natürlich zum Schaden der kinderreichen Familien, denn je mehr solche vorhanden sind, desto weniger besteht die Möglichkeit, ihnen in wirksamer Weise zu helfen. Dann ist aber überhaupt jeder, der in der heutigen Zeit den Kinderreichtum predigt, ein Feind der Arbeiterschaft; auf diese hat man es natürlich abgesehen, denn daß man im Bürgertum kein Glück damit hätte, das wissen auch die Völkischen. Nimmt man dazu noch die völkisch-militaristische Richtung des Bundes, so muß jeder Arbeiter wissen, daß die nachdrücklichste Bekämpfung der unter falschem Deckmantel auftretenden „Kinderreichen" Pflicht ist. Auch wenn die Gründungsversammlung am 1. April stattfindet, an dem es ja sonst erlaubt ist, Leute zum Narren zu haben.

Die Mieterhöhung

1. April — 10 Prozent der Friedensmiete mehr!

Die deutsche Bevölkerung setzt sich zusammen aus 80 Prozent Mietern und 20 Prozent Hausbesitzern. Trotz dieses gewaltigen Uebergewichts auf der Mieterseite wagte die Reichsregierung und der Reichsrat zugunsten dieser kleinen Hauseigentümergruppe den Mietern eine monatliche Mehrausgabe von 2 bis 12 Mark aufzubürden. Es wäre verständlich und begreiflich, wenn diese Extrasteuer mit der Bestimmung erhoben würde, die so drückende Wohnungsnot zu beheben. An der Lösung der Wohnungsfrage hat die Mieterschaft ein großes Interesse. Dagegen findet sie keine Erklärung, wie eine Regierung große Summen dem Privatbesitz zuwenden kann. Nach einer Feststellung gehören zum Beispiel 45 Prozent der Berliner Mietshäuser Ausländern. Somit muß der Rentner, Kriegsbeschädigte, Arbeitslose usw. zur fortlaufenden Stärkung auch des ausländischen Großkapitals seinen Teil beitragen.

Von seiten der Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und den Mieterorganisationen wurden die maßgebenden Minister vor der unberechtigten Forderung des Hausbesitzes zwecks Erhöhung der Friedensmiete gewarnt. Jedoch vergebens. Die Wünsche des spekulativen Hausbesitzes und der Spitzenverbände des Großkapitals wurden von der Reichsregierung erfüllt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften befaßte sich eingehend mit der geplanten Mieteerhöhung von 20 Prozent und stellte folgende Forderung:

„Die Rente der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen erhöht werden. Alle eintretenden Mieteerhöhungen müssen durch gleichzeitige Lohnerhöhungen ausgeglichen werden. Insbesondere sind in allen Lohnvereinbarungen bindende Klauseln vorzusehen, wonach alle im Laufe der Vertragsperiode eintretenden Mieteerhöhungen automatisch durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden."

Die Reichsregierung beachtete diese Fordeubng nicht, trotz dringender Mahnung auch der Mieterorganisationen.

Der Reichstag sowohl als auch der Preußische Landtag rollte eingehende Debatten über die Frage der Miethöhe nach dem 1. April 1927 auf. Der neue Reichsfinanzminister erklärte bei seiner kürzlich erfolgten ersten Vorstellung im Reichstag, daß eine Mieteerhöhung nicht zu umgehen sein werde. Wohl aus dem einzigen Grunde, weil der Hausbesitz die Erhöhung fordert. Ihm hat der sozialdemokratische Abgeodnete Herz hierauf folgendes erwidert:

„Das Sperrgesetz hat bis zum 31. März d. J. 100 Prozent der Friedensmiete festgesetzt. Die Gründe dafür bestehen heute noch, die Wirtschaftskrise dauert an, sie hat sich sogar noch verschärft, weil die Dauer der Erwerbslosigkeit des einzelnen sich ständig verlängert. Eine Steigerung der Mieten wäre jetzt unverantwortlich, sie ginge auf Kosten des Reallohnes, sie schädigt Rentner und Mittelstand. Wir verlangen, daß jede Lohnsteigerung den Arbeitnehmern zugute kommt und ihnen nicht durch erhöhte Miete weggenommen wird. Der Wohnungsbau muß gefördert werden durch den Abbau der fiskalischen Hauszinssteuer. Die Mieten dürfen nicht über den Friedensstand hinausgehen, solange die Wirtschaftskrise mit Lohndruck und Massenarbeitslosigkeit fortbesteht."

Unerhört ist es, daß die Regierung nur den Mietern neue Lasten auferlegt hat, wo sie im letzten Jahre anderen Kreisen, die wirtschaftlich viel leistungsfähiger sind als die Mieterkreise, durch Ermäßigung der Umsatzsteuer und anderer Steuern Geschenke gemacht hat.

Nachdem es dem Großkapital gelungen ist, seine Forderungen auf 1. Freigabe der Läden und gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft und 2. Erhöhung der Mieten zum 1. April um 10 Prozent und 1. Oktober nochmals um 10 Prozent bei der Regierung durchzusetzen, glaubt diese Kapitalistengruppe den Erfolg öffentlich kundtun zu müssen und die politischen Parteien, welche gegen die Willkür des Hausbesitzes in den Parlamenten auftreten, zu verdächtigen. In Nr. 9 des „Grundeigentums", dem Zentralorgan der Hausbesitzervereine Deutschlands und Leibblatt des Hausbesitzerführers Herrn Ladendorff, kann man über das Zustandekommen und die Aufrechterhaltung der Hirtsiefer-Verordnung vom 11. November 1926 folgendes lesen:

„Die Minister ist unserer oft wiederholten Mahnung: hart zu bleiben und durchzuhalten, gefolgt. So blieb den Parteien nichts anderes übrig, als nachzugeben."

Hier ist somit klar zum Ausdruck gebracht, wie der Wohlfahrtsminister die Hausbesitzergeschäfte besorgt. Noch interessanter ist auch, was dieses Blatt der sozialdemokratischen Landtagsfraktion offenbar aus Dankbarkeit darüber, daß sie Hirtsiefer das Vertrauen ausgesprochen haben, nachsagt:

„Um das Bollwerk Preußen auch weiter zu halten, würden — dies wußten wir — die Sozialdemokraten auch ihren Kampf gegen die Hirtsiefer-Verordnung vom 11. November 1926 ausschließlich agitatorisch führen; sollte der Minister zu seiner Verordnung stehen, so mußten die Sozialdemokraten, um nicht den Minister und mit ihm das gesamte Kabinett zu stürzen, letzten Endes klein beigeben. Genau so ist es gekommen. Der Minister stand zu seiner Verordnung und lehnte rundweg Aufhebung und Abänderung ab. Die parlamentarische Abstimmungsfarce, die dann folgte, war lediglich Theater für die Parteianhänger."

So wird die Sozialdemokratische Partei, nachdem sich diese für die Interessen des weit größeren Teiles des Volkes eingesetzt hat, von dieser kleinen Hausbesitzergruppe verdächtigt. Die Folgen dieses Vorgehens der Rechtsparteien dürfen sich so leicht nicht verwischen lassen. Bei den kommenden Wahlen wird man sich ihres Vorgehens erinnern.

Nunmehr steht die Frage offen, wer ist mitschuldig daran, daß die Minister den Artikel 1 der deutschen Reichsverfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" unbeachtet lassen? Es sind das diejenigen Wähler, auch leider aus den Mieterkreisen, welche ihre Stimmen bei der Reichstagswahl den Rechtsparteien gegeben haben.

Arbeitslose, Kriegsbeschädigte, Rentner und Witwen, aber auch Mieter aus Beamtenkreisen müßten am 1. April sich ernstlich fragen: ist diese Mieteerhöhung durch irgend etwas gerechtfertigt? In der Wohnung wird nichts verbessert, es bleibt alles so, wie es war. Aber ein Teil des Verdienstes muß anstatt für eigenen Bedarf dem Vermieter abgegeben werden.

Es ist bedauerlich, daß die Aufgeklärten und Einsichtigen durch die Schuld derjenigen, die nicht organisiert sind und sich nur auf die andern verlassen, mitleiden müssen. Endlich muß doch auch der Dümmste begreifen, daß er heute allein nichts bedeutet. Nur der Zusammenschluß schützt ihn vor politischer, wie auch wirtschaftlicher Ausbeutung. Bis zur nächsten Reichstagswahl muß die Einsicht Einkehr halten, damit der Reichstag und die Regierung eine volksfreundliche Zusammensetzung bekommt.

K. Troegel.

Lauenburg

Schwarzenbek. Ein folgenschweres Autounglück ereignete sich auf der Schwarzenbek-Möllner Landstraße, wo in der Nähe von Elmenhorst sich von einem in voller Fahrt befindlichen Personenauto aus Mölln ein Vorderrad löste. Der Wagen überschlug sich und stürzte in den Chausseegraben. Die Insassen, die von einer amtlichen Versammlung aus Mölln kamen, erlitten erhebliche Verletzungen.

Mecklenburg

Zarrentin. Ein Wirtschaftsgebäude niedergebrannt. Ende der letzten Woche erscholl in dem benachbarten Dorfe Gallin morgens gegen 7 Uhr Feuerlärm. Das große Wirtschaftsgebäude des Hofbesitzers Düßler, in dem sich das Vieh, sämtliche Erntevorräte und die landwirtschaftlichen Maschinen befanden, geriet auf unaufgeklärte Weise in Brand. Das Feuer verbreitete sich in dem strohgedeckten Gebäude mit großer Schnelligkeit. Innerhalb zwei Stunden brannte das Gebäude völlig nieder. Mit Hilfe der Dorfbewohner gelang es, das Vieh bis auf einige Hühner zu retten. Die gesamten Erntevorräte und wertvollen landwirtschaftlichen Maschinen wurden vernichtet. Die aus der Umgegend herbeigeeilten Feuerwehren standen dem Feuer machtlos gegenüber.

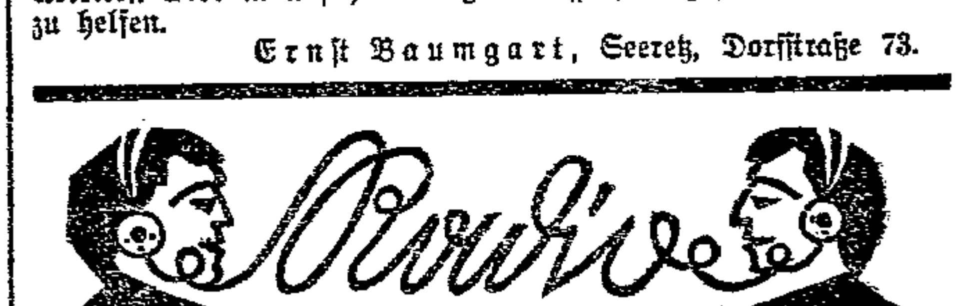
Sprechsaal

Hilfe in Unglücksfällen

Ist ein Mensch verpflichtet, wenn jemand auf offener Landstraße verunglückt, zu helfen oder soll er den Betreffenden liegen lassen, auch wenn er dadurch zu Tode kommt?

Ein junger Mann aus Seeretz ist im Dezember vorigen Jahres der Aufforderung eines Fuhrmannes nachgekommen, der sich in einer Zwangslage befand. Er war mit seinem Wagen durch ein kollerkrankes Pferd auf der Lübeck—Schlutuper Chaussee die Böschung hinuntergejagt und konnte sich nicht allein helfen. Beim Eingreifen des jungen Mannes verletzte sich dieser seine linke Hand so schwer, daß er noch lange erwerbsunfähig ist und überhaupt seine Arbeit nicht wieder verrichten kann. Er strengte Klage auf Schadenersatz an, doch das Schönberger Amtsgericht wies ihn kostenpflichtig ab. In der Berufungsinstanz des Mecklenburg-Strelitzer Landgerichts wurde ihm der Armenschein wie vorher schon abgelehnt. Nun trete ich an die Oeffentlichkeit und frage, ob man bei einem Unfall auf öffentlicher Straße, mag es sich um ein Fuhrwerk, Auto oder um ein Menschenleben handeln, die Hilfe versagen soll? Nach dem Urteil des Amtsgerichts Schönberg i. M. darf man also nicht helfen, da man, falls man selbst zu Schaden kommt, keinen Anspruch auf Entschädigung hat, auch wenn beide Hände schwer verletzt werden und der Ursprung des Unglücks auf die erwiesene Fahrlässigkeit des Fuhrmannes zurückzuführen ist. Er hatte gewußt, daß das Pferd den Koller hat und ist dadurch erst in die Zwangslage gekommen. Trotz aller Abweisung werde ich mein Recht weiter suchen und dem Fuhrmann den Beweis der Fahrlässigkeit erbringen. Nach derartigen Urteilen wird man sich überlegen müssen, in gefährlichen Fällen zu helfen.

Ernst Baumgart, Seeretz, Dorfstraße 73.



Rundfunk-Progr. Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel
Hamburg 394,7. — Bremen 400. — Hannover 297. — Kiel 254,2.

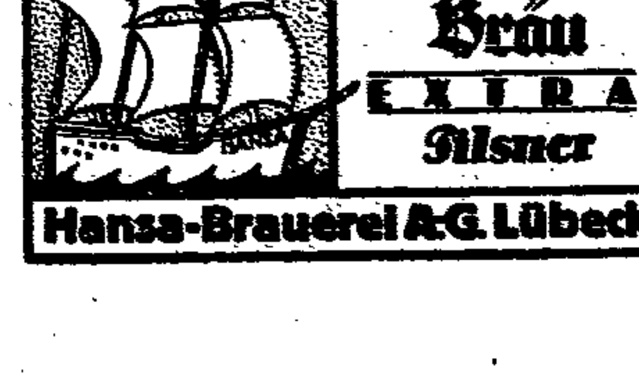
Donnerstag, 31. März. 12.30: Hannover (alle Noragsender): Konzert. ⊙ 2.05: Bremen (alle Noragsender): Konzert. ⊙ 4.15: Hannover, Hamburg, Bremen: Ludwig Bäte liest aus eig. Werken, mitw. das Noragorch. ⊙ 4.15: nur Kiel: Konzert. Strauß: Ouv. Die Fledermaus. — Offenbach: Potp. Die schöne Helena. — Millöcker: Jonathanwalzer. ⊙ 5: Hamburg (alle Noragsender): Georg Clasen: Plattdeutsche Volksmärchen. ⊙ 6: Hamburg, Kiel, Hannover: Walzertee. ⊙ 6.15: Bremen: Walzertee. ⊙ 6.50: Hamburg (alle Noragsender): Die Frau in der Wissenschaft und Kunst. ⊙ 7.10: Hamburg (alle Noragsender): W. Timm: Vom Nähr- und Heilwert des Honigs. ⊙ 7.35: nur Hamburg: E. Kumlehn: Alsteraufwärts zur Raubburg Stegen. ⊙ 7.35: nur Bremen: K. Ehlers: Der 1. April im Volksglauben. ⊙ 7.35: nur Kiel: Dr. Tutenberg: Die Pflege der Hausmusik. ⊙ 8: Hamburg (alle Noragsender): „Rokoko in Ritzebüttel". Plattdeutsches Singspiel in drei Aufzügen von Br. Penn, Musik von S. Scheffler. Hauptpers.: Barth. Hinrich Brodes, Senator und Amtmann auf Schloß Ritzebüttel: H. Möller; Pastor Schultze, Diakonus zu Groden: Ad. Johannesson; Apotheker Voß: K. Kurtow; Schloßleutnant von Grumkow: E. Bolt; Franz Joachim Penn, Gärtner: M. Pahl; Anna, seine Frau: Magda Bäumken; Daniel Lämmerswanz, Stottsoldat: Dr. Ohnjorg; Amanda, seine Ehehälfte: Hanna Ullrich u. a. — Anschl.: Hamburg, Bremen und Kiel: Konzert aus Bremen. — Für Hannover: Konzert aus Hannover.

Rundfunkzentrale Lübeck
Fernruf 1904 Fünfhausen 11
Apparate / Reparaturen / Einzelteile
Akkumulatoren-Ladestation

Maizena für Flammeris, für Puddings u. Gebäck

PIEHL & FEHLING
KOHLEN HANDEL
G. m. b. H.
Kontor: Beckergrube 89. F.: 21133, 21125
Verkaufsläger:
Kronsforder Allee 60 — Hansastraße 111
F. 23201 F. 29036

Bestattungen
in jeder Ausführung
Friedhofsgebühren, Grab, Grabstein
mit Inschrift von 150 RM an liefert
F. Barby, Hüxstr. 117
Telephon 24044 (816)



Joghurt-Kur
Kostet kein Geld, weil mit 15 Pf. die Flasche nur der Nährwert der Milch bezahlt ist. In den Läden unsern Läden und Verkaufswagen die unentgeltliche Drucksache
Hansa-Meierei

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund

Trotz der Wirtschaftskrise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit kann der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ das Jahr 1926 als ein Jahr des Aufstiegs bezeichnen. Beträgt die Zunahme der Mitgliederzahl auch nur knapp 4½ Prozent, so kann der Bund doch stolz auf diesen Erfolg zurückblicken. Der Bund, der zu Beginn des Jahres 1926 4601 Ortsgruppen mit 189 663 Mitgliedern zählte, stieg bis zum Jahresschluß auf **4844 Ortsgruppen mit 197 667 Mitgliedern.** Wir sehen also eine Zunahme von 243 Ortsgruppen und 8004 Mitgliedern. In diesen Zahlen sind schlecht abrechnede Ortsgruppen mit ihren Mitgliedern nicht enthalten. Da der Bund die Einrichtung getroffen hat, arbeitslose und kranke Mitglieder bis zu einem halben Jahr von den Beiträgen zu befreien, machen sich die unangenehmen Wirkungen der Krise trotz der Mitgliedersteigerung doch in den Beitragseinnahmen bemerkbar. Betrugen diese im Jahre 1925: 661 533,90 Mark, so konnten in dem Berichtsjahre nur 595 931,45 Mark vereinnahmt werden. Das ergibt eine Mindereinnahme von 65 602,45 Mark, ein Verlust gegen das Vorjahr von rund 10 Prozent. An beitragsfreien Marken wurden von den arbeitslosen Mitgliedern 65 375 Stück geklebt, so daß also dem Bunde 13 943 ¾-Jahresbeiträge = 49 701,50 Mark verloren gingen.

Die Leistungen des Bundes an seine Mitglieder erfuhren eine bedeutende Steigerung. So wurden in 2988 Unfällen 125 697,90 Mark bezahlt. 702 Sterbefälle brachten eine Ausgabe von 19 890,30 Mark, während in 468 außergewöhnlichen Notfällen der Bund mit 11 636,20 Mark einsprang. Für Rechtsschutz wurden 12 634,59 Mark und für Haftpflicht in 59 Fällen 3860,24 Mark gewährt. Gestohlen wurden 109 Fahrräder, deren Inhaber mit 4325 Mark abgegolten wurden. Insgesamt wurden also an Unterstützungen an die Mitglieder 178 044,23 Mark zurückgegeben, eine Summe, die sich sehen lassen kann. Ziehen wir noch in Betracht, daß den Mitgliedern das Bundesorgan: „Der Arbeiter-Radfahrer“, das im Jahre 1926 einen Aufwand von 99 720,71 Mark verursachte, frei zugestellt wird, daß außerdem auch noch für sportliche Ausbildung der Mitglieder die Summe von 26 327,25 Mark ausgegeben wurde, so muß man zugeben, daß der Bund sein möglichstes für seine Mitglieder getan hat. Für Gauleiter-, Sport- und Jugendkonferenzen ergibt sich eine Ausgabe von rund 12 000 Mark, so daß einschließlich Bundestag die Bundeskasse mit 33 125,97 Mark belastet wurde. Um den Gauen und Bezirken die Agitation für den Bund möglich zu machen, wurde an die Gauleiter der Betrag von 124 637,25 Mark zurückvergütet. Zu dieser Summe müssen noch die Kosten für Agitationsmaterial usw. in Höhe von 9992,95 Mark gerechnet werden.

Aus der Rechnungslegung der Gauleitungen kann festgestellt werden, daß die Gau- und Bezirksleiter es verstanden haben, die ihnen zugewiesenen Mittel richtig anzuwenden. In unzähligen Bezirks- und Jugendkonferenzen haben sie für den Bund mit gutem Erfolg gewirkt. 30 000 Genossen fanden den Weg zu uns, während rund 22 000 alte Bundesmitglieder aus wirtschaftlichen Gründen wieder von uns gingen. Bessere Zeiten werden die ungern Ausgeschiedenen wieder dem Bund zuführen.

In sportlicher Hinsicht kamen die **Gau- und Gaubundmeisterschaften** zum Austrag, die von dem sportlichen Streben des Bundes Kenntnis gaben. Mit großen Erwartungen sehen die Bundesmitglieder der Austragung der Bundesmeisterschaft entgegen, die zu Ostern für Reigen, Kunstfahren und Radspiele in **Hannover**, für den Straßen- und Bahnrennsport zu Pfingsten in **Frankfurt a. M.** stattfindet.

Das Bundesvermögen stellte den Bund in die Lage, 250 000 Mark für den **Ausbau seiner Fahrradfabrik** Frischauf durch Errichtung einer Eigenfabrik zu verwenden. 1500 Quadratmeter Arbeitsraum mit allen Vorteilen der Technik und der Hygiene konnten geschaffen werden, um mindestens 100 Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, gegen gute Entlohnung und alle Vorteile einer sozial denkenden und handelnden Organisation. Jeden Tag verlassen zur Zeit 100 Räder diesen Betrieb. Daß das Fabrikat des Bundes sich die Zuneigung der deutschen Arbeiterschaft zu erwerben weiß, beweist der sich immer mehr steigernde Umsatz. Wohl hat auch die Krise des Jahres 1926 den Gesamtwert gegen 1925 etwas beeinträchtigt; die Differenz betrug aber nur 30 350,40 Mark. Bezifferte sich der Umsatz an Fahrrädern und Ersatzteilen im Jahre 1925 auf: 1 810 795,38 Mark, so belief er sich im Jahre 1926 auf 1 780 444,98 Mark, ein Beweis, daß die Krise in dieser Beziehung das Unternehmen nicht besonders beeinträchtigte. Der Fabrikbau, der neben gut eingerichteten Arbeitsräumen, Bädern und Waschgelegenheit auch einen künstlerisch ausgestatteten Speise- und Aufenthaltsraum aufweist, zeugt von der Kraft der organisierten Arbeiterschaft.

Alles in allem genommen, kann der Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität auf ein Geschäftsjahr zurückblicken, das jederzeit in den Annalen des Bundes einen Ehrenplatz behaupten wird. Er hat bewiesen, daß der Bund vorwärts marschiert und daß er in den Reihen der Arbeiterorganisationen sowohl auf sportlichem wie auf wirtschaftlichem Gebiet die gebührende Stellung einnimmt.

W. Zimmermann

Naturfreundekonferenz des Gaues Nordmark

Aus Mecklenburg und den Hansestädten, sowie aus friesischen und Schleswiger Landen waren am 26. und 27. März die Vertreter des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ im Gau Nordmark in Hamburg zur Gaukonferenz zusammengekommen. Nur vier kleine Ortsgruppen des weiten Gebietes fehlten. Aus dem Geschäftsbericht des Gauvorstandes ist zu ersehen, daß das vergangene Jahr trotz schwieriger wirtschaftlicher Umstände nur eine geringe Schwächung der Organisation brachte. Zwei schöne Heime wurden eröffnet, das große Gauheim am Schönberger Strand bei Kiel und das Wesermünder Haus am Wollingster See. Im ganzen sind jetzt 10 Naturfreundeheime im Gau vorhanden. Mit Unterstützung der Photogruppe Hamburg hat die Gau-Lichtbildstelle Gutes in der Herstellung von Lichtbildervorträgen geleistet. Einen besonders guten Aufschwung nahm die Bewegung in Mecklenburg. Das neue Jahr wird eine große Zahl von Treffahrten zur Hebung des Gemeinschaftsgeistes, darunter ein großes Treffen der Gaue Nordmark und Brandenburg bei Wittenberge, bringen. Geplant sind außerdem mehrere Führerkurse in den Bezirken zur Heranbildung guter Führer. Sehr gepflegt wird im Gau die Musik.

In der Aussprache kam besonders der Wunsch zum Ausdruck, über den ganzen Gau ein Netz von Wanderstützpunkten zu schaffen. Ueber „Die Naturfreundebewegung und ihre kulturellen Aufgaben“ sprach Genossin Frieda Spindler-Hildesheim. Sie unterstrich vor allem die Pflege der Liebe zur Natur und das Eindringen in die Vorgänge der Natur, die Arbeitsgemeinschaften, die Körperkultur und Geselligkeit und die Schaffung eines Gemeinschaftssinnes. Zur Ergänzung behandelte Genosse Lau-Berlin das Thema „Jugend und Naturfreundebewegung“. Dem Gauvorstand gehören künftig an: Simonis-Altona, Jungmann, Schneider, Körner, Fritz, Krauß, Ritters, Lemke, Strüfing, Am Ende, sämtlich Hamburg, Sanders-Harburg und Teß-Lübeck als Gaujugendleiter. In den Gaujugendausschuß wurden außer drei Hamburger Jugendlichen, Federwisch-Kiel, Bernitt-Rostock und Frey-Wesermünde gewählt.

Internationales Schachturnier

Im Auftrage der Arbeiter-Schachinternationale und des Deutschen Arbeiter-Schachbundes veranstaltet der Berliner Arbeiter-Schachklub vom 10. bis 18. April (Ostern) das zweite internationale Arbeiter-Schachturnier zu Berlin. Diese Veranstaltung wird für die Arbeiter-Schachbewegung von größter Bedeutung sein. Die Schachinternationale, die Ostern 1923 anläßlich des 1. internationalen Arbeiter-Schachturniers in Berlin ins Leben gerufen und auf dem Bundestag in Jena, Ostern 1926, durch den Eintritt der russischen und österreichischen Schachverbände weiter befestigt wurde, wird mit dieser Veranstaltung beweisen, wie durch ein innig umschlungenes internationales Band die zusammengefaßte Kraft aller Arbeitenden sich zum Nutzen für die Allgemeinheit auswirken kann.

Von dem Gedanken ausgehend, daß zur Erreichung der internationalen Arbeiterverbrüderung die Masse zusammenstehen muß, werden auch die Turniere im Zeichen der Massenwettkämpfe stehen. Sechs Länder: Rußland, Oesterreich, Ungarn, Dänemark, die Schweiz und Deutschland, die bisher ihre Teilnahme gemeldet haben, werden sich am Brett mit 64 Feldern im friedlichen Wettkampf gegenüberstehen. Ein internationales Meisterturnier, sowie ein internationaler Länder- und Mannschaftswettkampf bilden die Hauptprogrammpunkte. Daneben laufen noch weitere Haupt- und Nebenturniere sowie ein Jugendturnier. Ein internationales Problemturnier für Zwei- und Dreizüger hat eine reichhaltige Beschickung erfahren. In 168 Schachaufgaben haben die Arbeiter-Problemkomponisten aller Länder ihre geistigen Fähigkeiten zum Ausdruck gebracht. Vorträge, Gästeturniere, Blitz- und Simultanspiele vervollständigen das Turnierprogramm. Die Größe der Veranstaltung zeigt sich allein schon aus den zahlreichen Meldungen, die aus Deutschland eingegangen sind, und die weit über 300 betragen.

Als Hauptveranstaltung wird eine großzügige Schachausstellung ein besonderes Ereignis werden. Die Ausstellung soll in umfangreichem Maßstabe alles zeigen, was den Schachspieler, besonders den Arbeiter-Schachspieler, interessiert. Neben einer eingehenden Darstellung der Entwicklung der Arbeiter-Schachbewegung wird eine umfangreiche Schau von Schachliteratur und Spielmaterial ausgestellt werden. Historische Schachspiele, Literatur, originelles und die Arbeiter-Schachbewegung kennzeichnendes Schachmaterial, Bilder, Photographien, Plakate, Aufrufe usw. werden besonders in den Vordergrund gerückt werden.

Die Veranstaltung findet in den Kammersälen in Berlin SW., Teltowerstr. 1—4, statt. Alle Meldungen und Anfragen sind an den Hauptausschuß zu Händen des Schachgenossen Karl Francke, Berlin-Reinickendorf-Ost, Schillerpromenade 61, zu richten.

Zweites Bundesfest 1929

Nach dem Bundesfest 1922 in Leipzig und der Arbeiter-Olympiade 1925 in Frankfurt a. M., die Zeugnis ablegten von dem den Arbeiter-Turnern und -Sportlern innewohnenden Organisationstalent, technischem Können und Gemeinschaftsgeist, wird das 2. Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Jahre 1929 stattfinden. Aus der großen Zahl von Städten, die sich um die Veranstaltung beworben haben, ist Nürnberg, Köln und Altona in die engere Wahl gekommen. Eine Studienkommission wird die Anlagen dieser Städte besichtigen und mit den Behörden in Verbindung treten.

Ein Bundes-Jugendtreffen im Jahre 1928 zu veranstalten, hat der Bundesausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen. Die Art der Durchführung des Festes und der Veranstaltungsort werden auf der nächsten Kreisjugendleiter- und Bundesjugendausschußtagung festgelegt werden. Die Kreis-, Turn- und Sportfeste dieses Sommers sind für die Jugend die Vorproben zum Bundesjugendtreffen.

Internationales Fußballspiel. Der Pariser Sportklub Malakoff weilte am Sonnabend nachmittag beim Arbeiter-Turnerbund Feuerbach mit einer Fußballmannschaft zu Gaste. Feuerbach gilt als einer der spielstärksten Vereine des Gaues Württemberg. Die französischen Gäste bereiteten den über 2000 Gästen eine angenehme Enttäuschung, indem sie ein Spiel vorführten, das sie mit 2:1 (2:0) siegen ließ. Die Franzosen zeigten ein schönes flaches Spiel, und jeder Mann war rasch am Ball, vor allem in der ersten Spielhälfte. Im zweiten Teil des Spiels ließen die Gäste etwas nach. Ihre Gesamtleistung war aber die bessere, Feuerbach war nicht auf der Höhe.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Sekretariat Johannisstr. 48 I. Telephon [illegible]

Sprechstunden
11—1 Uhr und 4—6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Moisling. Achtung, Parteimitglieder! Am Sonnabend, dem 2. April, findet unsere Monatsversammlung im Kaffeehaus statt. Tagesordnung: Maifeier. Wahl eines Delegierten zum Rostocker Bezirks-Parteitag. Wichtige lokale Angelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen wird unbedingt erwartet.

Der Vorstand.

1. Distrikt. Versammlung am Donnerstag, dem 31. März, abends 7½ Uhr beim Gen. Burmeister, Brelingstraße. 1. Vortrag des Gen. Reinß. 2. Bildungsbestrebungen der Partei. 3. Sonstiges. Zu dieser Versammlung ersuchen wir die Genossinnen und Genossen zahlreich zu erscheinen. — Sonntag, den 3. April, nachmittags 2½ Uhr Besichtigung des [illegible]. Treffpunkt 2½ Uhr am Eingang.

Sozialdemokratische Frauen

[illegible]. Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr Frauenzusammenkunft im [illegible].

Montag, den 4. April, abends 7½ Uhr Zusammenkunft der Bezirksführerinnen im Gewerkschaftshaus.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Büro: Johannisstraße 48 II

Sprechstunden Montags und Donnerstags von [illegible] Uhr

[illegible]. Am Sonntag gehen wir nach [illegible]. Anmeldungen werden Mittwoch abend im Heim entgegengenommen.

Ortsvorstand und Werbeausschuß. Wichtige Sitzung am Mittwoch, dem 30. März, 7 Uhr im Heim, Königstraße 97.

Vertreter im Freien Jugend-Kartell. Sitzung Donnerstag 7½ Uhr im Gewerkschafts-Sekretariat.

Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Kinderfreunde

Freitag, den 1. April, abends 8 Uhr im Jugendheim, Königstraße, Helferversammlung. Bericht des Gen. [illegible] über die letzte Zeltfahrt. Alle Helfer müssen kommen.

Achtung, Konfirmanden! Alle Konfirmanden müssen Donnerstag 7 Uhr in der [illegible] zum Reigenabend erscheinen.

Sterbetafel des Sozialdemokratischen Vereins

2. Distrikt. Der Genosse [illegible] Heinrich Genzberg ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung Sonnabend 12.45 Uhr im hiesigen Krematorium.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsstelle: Gr. Burgstraße 7, pt.

Geöffnet werktäglich von 11 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm.

2. Bezirk, 2. Abt., 3., 4. und 7. Kam. Sonnabend abends 7 Uhr [illegible]. Erscheinen aller ist Pflicht.

[illegible]. Am Donnerstag, dem 31. März, abends 8 Uhr [illegible] im Gewerkschaftshaus. [illegible]

Deutscher Arbeiter-Sängerbund

Gau Schleswig-Holstein — Bezirk IV, Vorort Lübeck

Vorsitzender Emil [illegible], Johannisstraße 46. Kassierer H. [illegible]

Chorverein. Donnerstag, den 31. März: Liederkommission 7 Uhr. Vorstandssitzung mit den Bezirkskassierern 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim.

Gesang-Verein „Frisch Auf“ Moisling. Gesangstunde Mittwoch abend 7½ Uhr Herrenchor, 9 Uhr Damenchor im Kaffeehaus. Mitgliederaufnahme daselbst in der Gesangstunde.

Selmsdorf. Der Arbeiter-Gesangverein Selmsdorf feiert am Sonnabend, 2. April, abends 7½ Uhr im Lokale W. Wedrich sein diesjähriges Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, Theater und Gesangsaufführungen und anschließendem Ball. Es kommen Lieder von Frauen-, Männer- und gemischten Chören von Schubert, Mendelssohn, Silcher, v. Weber usw. unter Leitung des Chormeisters Grahl-Lübeck zu Gehör. Im theatralischen Teil gelangen folgende Stücke zur Aufführung: 1. Das Geschäft geht weiter ohne Ehemann, Spiel mit Gesang. 2. Die tolle Burleske: Die fidelen Handwerksburschen. 3. Der [illegible]. Singspiel in 2 Akten. Um zahlreichen Zuspruch ersucht

Die Festleitung.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Achtung, [illegible]! Donnerstag, den 31. März, 8 Uhr, Johannisstraße 48 I., „Die Harzreise“ von H. Heine.

Jugendgruppe des Z. d. A. Donnerstag, den 31. März, 8 Uhr im Jugendheim, Königstraße: Vortrag des Wortführers der Bürgerschaft, Kollegen Ehlers, über „Wie geht es in einer Bürgerschaftssitzung zu“.

Achtung, Metallarbeiterjugend! Am Mittwoch, dem 30. März, 8 Uhr Ueben der [illegible]. Vollzähliges Erscheinen der Musiker erforderlich. — Am Donnerstag, dem 31. März, 8 Uhr Besprechung über den Jugendtag. Zahlreiches Erscheinen wird erwünscht.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Es wird auf die am Donnerstag stattfindende öffentliche Aufführung von Fidelio zum Gedenken Beethovens mit eigenem Personal aufmerksam gemacht, die allgemeinem Interesse begegnen müßte, zumal das Gastspiel [illegible] erst am 3. Mai stattfinden kann. Die Titelpartie singt Frau [illegible], Fräulein Wagener die „Marzeline“ und die Herren [illegible] und [illegible] den „Pizarro“ und „Jaquino“, im übrigen die Besetzung des Vorjahres unter musikalischer Leitung [illegible] und szenischer [illegible] mit den bedeutend verstärkten Chören (Lehrergesangverein).

Uraufführung „Thomas Paine“ von Hans Johst. Heute, Mittwoch, findet im Stadttheater unter der Regie des Intendanten die Uraufführung von Hans Johst's neuem Werk „Thomas Paine“ statt.

Das Grabmal des unbekannten Soldaten. Donnerstag, den 31. März findet im Kammerspielhaus auf vielfachen Wunsch noch einmal eine Wiederholung des „Grabmals“ von Raynal statt. Die Intendanz weist darauf hin, daß diese Vorstellung voraussichtlich die letzte in dieser Spielzeit sein wird.

Schiffsnachrichten

Lübeck Linie Aktiengesellschaft

Dampfer „[illegible]“ ist am 29. März 10 Uhr vormittags in Odense angekommen.
Dampfer „[illegible]“ ist am 29. März 9 Uhr morgens von Kings Lynn nach [illegible] abgegangen.

Angekommene Schiffe

29. März

M. [illegible], Kapt. [illegible], von Helsingborg, 2 Tg. — M. [illegible], Kapt. Hansen, von Sonderburg, 1 Tg. — D. Ascania, Kapt. Heege, von Aarhus, 1 Tg. — M. [illegible], Kapt. Olsson, von Wismar, 5 Std. — M. [illegible], Kapt. Jensen, von [illegible], 2 Tg. — M. [illegible], Kapt. [illegible], von Neustadt, 2 Std. — M. [illegible], Kapt. [illegible], von [illegible], 2 Tg. — D. [illegible], Kapt. [illegible], von [illegible], 3 Tg.

30. März

D. Carl, Kapt. Kaadtmann, von Kolding, 1 Tg. — D. Ragnar, Kapt. Karstedt, von Kiel, 10 Std. — D. Hansa, Kapt. Wulff, von Kopenhagen, 12 Std. — M. Svanen, Kapt. Wikström, von Vejle, 2 Tg. — M. Danebod, Kapt. Nielsen, von Rudkjöbing, 1 Tg.

Abgegangene Schiffe

29. März

M. Orion, Kapt. Behrmann, nach Orth a. F., Phosphat. — M. De Hoop, Kapt. Maan, nach Nordenham, Fischrogen. — M. Hulda, Kapt. Persson, nach Oscarshamn, Salz. — M. Gladau, Kapt. Johansson, nach Rönne, Kapselscherben. — M. Rescue, Kapt. Jacobsson, nach Kopenhagen, Salz. — D. Thyland, Kapt. Sörensen, nach Odense, leer. — D. Nissan, Kapt. Gustafsson, nach Gothenburg, Stückgut. — D. Gothenburg, Kapt. Möller, nach Königsberg, Stückgut. — D. Ascania, Kapt. Heege, nach Horsens, leer. — D. Rhenania, Kapt. Raabe, nach Stettin, Stückgut. — D. Axel, Kapt. Lundblatt, nach Södertelje, Koks.

30. März

D. Bürgermeister Eschenburg, Kapt. Burmeister, nach Reval, Stückgut. — M. Anna Droste, Kapt. Hansen, nach Fredericia, Salz. — M. Anna, Kapt. Johansson, nach Malmö, Briketts.

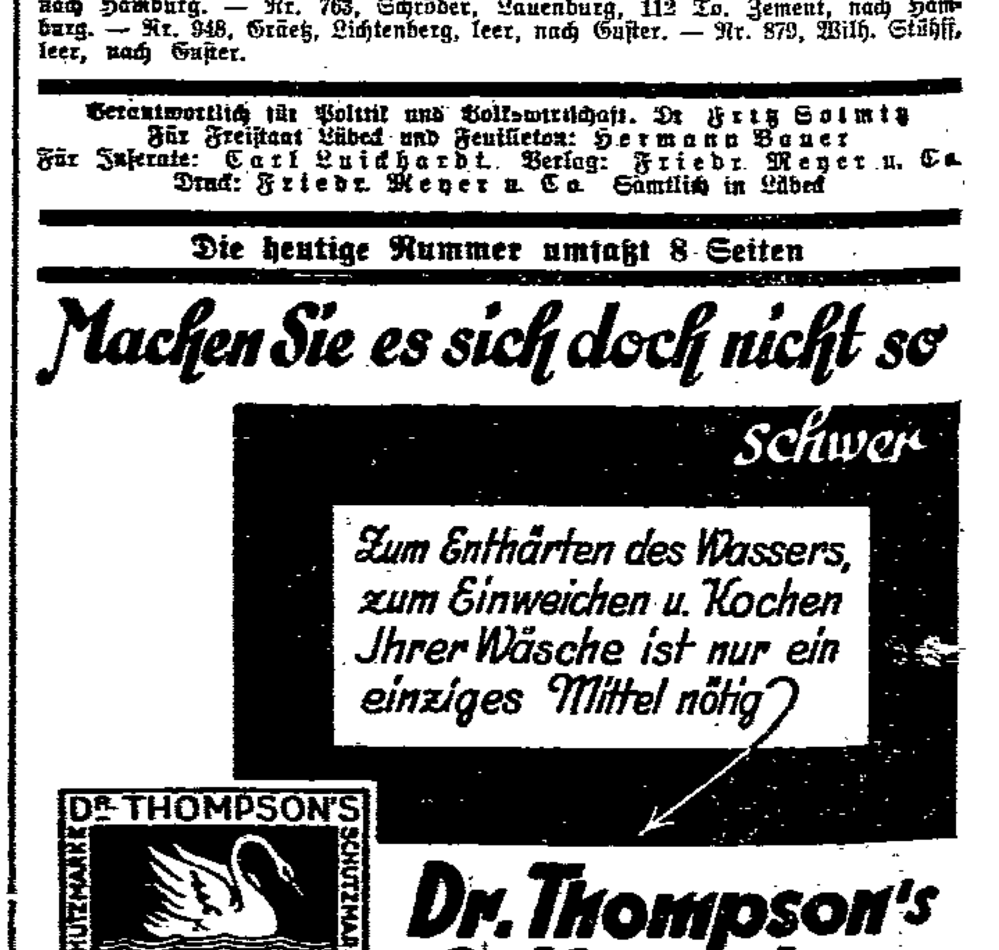
Kanalschiffahrt

Eingehende Schiffe

Nr. 730, Baltzer, Schönebeck, 643 To. Kalidünger, von Schönebeck. — Nr. 2524, Wagner, Schönebeck, 980 To. Steinsalz, von Schönebeck. — Nr. 768, Brand, Lauenburg, 124 To. Stückgüter, von Hamburg. — Nr. 3419, Richter, Malchow, 159 To. Rundholz, von Döringsbruch.

Ausgehende Schiffe

Motorkahn Amande Henriette, Schiffer Sommer, Hamburg, 71 To. Oel, nach Hamburg. — Nr. 8351, Funke, Parey, leer, nach Hamburg. — Nr. 771, Hamann, Lübeck, 200 To. Roggen, nach Hamburg. — Nr. 2359, Backmann, Schönebeck, leer, nach Hamburg. — Nr. 763, Schröder, Lauenburg, 112 To. Zement, nach Hamburg. — Nr. 948, Gräetz, Lichtenberg, leer, nach Guster. — Nr. 879, Wilh. Stühff, leer, nach Guster.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz
Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer
Für Inserate: Carl Luickhardt. Verlag: Friedr. Meyer u. Co.
Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten